

Diskurs // Vernetzung // Perspektiven  
**Tagungsbericht**

DSE-Wien (Wiener Dachverband für sozial-ökonomische Einrichtungen)

# Vorwort

## **Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser des Tagungsberichtes!**

Jede Tagung ist im besten Fall ein kurzer Moment des Energieflusses, des „Geist-Reich-en“ Austausches. Der vorliegende Bericht verfolgt den Anspruch, der Flüchtigkeit des Events kurz aber prägnant entgegen zu wirken und die zahlreichen konstruktiven Impulse bestmöglich einzufangen.

Es erfüllt uns mit Freude, dass der beabsichtigte Austausch am 18. September 2008 gelungen ist, und ich möchte mich an dieser Stelle für all die vielen großen und kleinen Beiträge bedanken, die unsere Tagung dahingehend geprägt haben. Für JEDE Ihrer Wortmeldungen möchte ich mich bedanken, denn sie steuerte ein Stück weit den Inhalt und die Erkenntnisse der Tagung für die Teilnehmenden.

Auf Basis eines Manuskripts, das die WirtschaftsstudentInnen Katharina Pühringer und Bernhard Riedlecker am Veranstaltungstag erstellten, fassen wir für Sie die Vorträge von Frau Dr. Schuberth

und Herrn DDr. Dimmel zusammen. Die Unterlagen, die uns von den Vortragenden zur Verfügung gestellt wurden, finden Sie im Anhang des Berichtes. Weiters haben wir die Impulssatements der Podiumsgäste, die anschließende Diskussion am Podium und die Diskussionsbeiträge und Fragen aus dem Publikum, auf hoffentlich informative und kurzweilige Art, für Sie aufbereitet. Um die Beiträge im Kontext nachvollziehbar zu gestalten, haben wir einige inhaltliche Ergänzungen, z.B. zum beruflichen Background der Publikumsdiskutanten, vorgenommen.

Unsere Dachverbandsarbeit ist Interessensvertretung für unsere Mitglieder, die Trägerorganisationen selbst, aber natürlich vor allem auch für jene Men-



schen in unserer Gesellschaft, die vom Ausschluss aus der Teilhabe am System Wirtschaft bedroht oder bereits betroffen sind.

In diesem Sinn verstehen sich die Tagung und der Bericht als ein Impuls!

Treten Sie mit uns in Kontakt!

Besonders interessiert sind wir an Kooperationen mit gewinnorientierten Unternehmen, die offen sind dafür, vorhandene stützende Maßnahmen der öffentlichen Hand zu nützen und gemeinsam mit uns nach produktiven Marktnischen suchen.

**Merci für Ihr Interesse!  
Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!**

Misha Bahringer-Liebhart MAS  
Geschäftsführerin des DSE-Wien  
m.bahringer@dse-wien.at

# Inhalt

**Intro** ..... Seite 4

## **Vorträge:**

Dr. Helene Schuberth: Der Arbeitsmarkt im Shareholder-Kapitalismus ..... Seite 5

DDr. Nikolaus Dimmel: Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange ..... Seite 7

## **Reden ist Gold:**

Podiumsdiskussion ..... Seite 8

Publikumsdiskussion ..... Seite 12

## **Anhang:**

Vortragsstruktur - Dr. Helene Schuberth ..... Seite 17

Vortragsskriptum - DDr. Nikolaus Dimmel ..... Seite 20

# Tagungsbericht: KonsumentIn ja – Arbeitskraft nein?

## Diskurs // Vernetzung // Perspektiven

### Intro

150 Interessierte haben sich im Großen Saal des Gartenpalais Schönborn eingefunden, Moderatorin Barbara Krommer (Ö1-Wirtschaftsredaktion) und Mischa Bahringer-Liebhart, Geschäftsführerin des DSE Wien, eröffnen die Tagung mit der Begrüßung der Gäste. Einstiegsszenen, die unter die Haut gehen liefert „sog.THEATER“ aus Wiener Neustadt. Drei kurze Sequenzen stellen das Thema Arbeitslosigkeit und Probleme des Wiedereinstiegs in die Arbeitswelt eindrucksvoll dar.





Vortrag:

# Der Arbeitsmarkt im Shareholder-Kapitalismus

„Manche sprechen nicht mehr vom Neoliberalismus, sondern vom Neofeudalismus“ –  
der Aristokratie des Reichtums.“ Helene Schubert

**Abstract:** Der Vortrag von Helene Schubert befasst sich mit dem Arbeitsmarkt im Shareholder Kapitalismus: Wo früher Wachstum und soziale Sicherheit im Zentrum standen, sind es nun kurzfristige Gewinne und der Shareholder Value, also das Vermögen der Aktionäre. Die Folgen sind immer mehr kurzfristige und schlecht bezahlte Arbeitsplätze und eine Vergrößerung der Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen und Vermögen.

Die Reaktion darauf können laut Schubert nicht allein moralische und ethische Leitlinien für Unternehmen sein, wie sie im Rahmen der Corporate Social Responsibility formuliert werden. Die Finanzmärkte müssten global reguliert werden, die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes müsse teilweise wieder zurückgenommen werden. Darüber hinaus sollte der Staat eine bedeutendere Umverteilungsrolle einnehmen.

Helene Schubert, wirtschaftspolitische Beraterin des scheidenden Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer und Wirtschaftsanalytikerin der Österreichischen Nationalbank, liefert mit ihrem Beitrag interessante Einsichten in komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge. Die internationale Finanzkrise ist dabei thematischer Ausgangspunkt: Diese zeigte auch in Österreich ihre Auswirkungen und würde Konjunktur und aktuelle Arbeitsmarktsituation negativ



Helene Schubert: Stärkere Verteilungsrolle des Staates gefragt!

beeinflussen. Helene Schubert hebt besonders hervor, dass die Reallöhne seit den 1990er Jahren nur mehr moderat wachsen und heuer sogar schon 0,7 % Verlust verzeichnen. Obwohl Österreich das viertreichste Land der EU sei, wären 13 % der Bevölkerung armutsgefährdet, beinahe die Hälfte davon akut.

**Arbeit schützt vor Armut nicht**

Die Wirtschaftsexpertin kritisiert insbesondere die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, in der sich mittlerweile ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen befinden. Besonders Frauen sind davon stark betroffen, 40 % aller Arbeitnehmerinnen sind teilzeitbeschäftigt. Die prekären Verhältnisse rühren daher, dass Unternehmen versuchen, soziale Kosten zu senken und das unternehmerische Risiko auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Die Triebkräfte dieser Entwicklungen sind ihrer Meinung nach klar, werden aber als Gott gegeben angesehen. Helene Schubert vergleicht dabei die aktuelle Situation mit der Antike, wo man gegen Naturkatastrophen alternativlos war und zu den Göttern betete, anstatt aktiv Maßnahmen zu ergreifen.

**Mehr Tempo und Leistung zulasten sozialer Wohlfahrt**

Schubert begründet die aktuelle Situation mit den gravierenden Systemveränderungen, vor allem im Finanzsystem, in den vergangenen 10 bis 20 Jahren. In dieser Zeit wurden viele Regulierungsvorschriften aus dem angelsächsischen Raum übernommen, die vor allem multinationalen Unternehmen enorme Wettbewerbsvorteile verschufen.

Vortrag:

# Der Arbeitsmarkt im Shareholder-Kapitalismus

„Manche sprechen nicht mehr vom Neoliberalismus, sondern vom Neofeudalismus“ –  
der Aristokratie des Reichtums.“ Helene Schuberth



Helene Schuberth: Finanzmärkte als neue ethische Instanzen

Durch Veränderungen im regulatorischen Bereich würde immer mehr Tempo und Leistung verlangt und die soziale Wohlfahrt nehme ab. Die hohe Transparenz, die insbesondere von börsennotierten Unternehmen verlangt wird (viertel- statt jährliche Bilanzlegung etc.), verhindere die Querfinanzierung weniger erfolgreicher Teilbereiche eines Unternehmens. Angst vor dem Abzug des Shareholderkapitals im Falle defizitärer Quartale, führt zu einer

Ausrichtung von Unternehmen, die auf kurzfristige Zufriedenstellung von Anleger-Interessen zentriert ist. Soziale Leistungen werden dabei immer stärker abgebaut.

## **Kritik: Rating-Monopol mit intransparenten Kriterien**

Helene Schuberth beanstandet die Übertragung der Aufsicht über die Finanzmärkte und den Finanzsektor vom Staat an private Institutionen. Sie hebt dabei besonders das beinahe weltweite Monopol dreier Rating-Agenturen hervor<sup>1</sup>, deren Bewertungskriterien intransparent und selbst für ExpertInnen nicht nachvollziehbar seien.

Die Expertin bezeichnet die Finanzmärkte nicht nur als wirtschaftspolitische, sondern auch als die neuen ethischen Instanzen, die Regierungen aushebelten und somit staatliches Recht durch ethische Willkür ersetzen. Die entstehenden Konsequenzen zeigten sich in gesteigerten Marktrisiken, die an die ArbeitnehmerInnen ausgelagert würden.

Weiters nimmt Schuberth Bezug auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das nicht mehr als Neoliberalismus, sondern als Neofeudalismus

bezeichnet werden muss, da – auch begünstigt durch massive steuerliche Förderungen - eine Aristokratie des Reichtums entstehe.

## **Gefragt: Primat der Politik gegenüber der Ökonomie**

Als Reaktion auf die veränderte Situation spricht Helene Schuberth die Unternehmensethik an. Corporate Social Responsibility (CSR) sei ein guter Schritt in die richtige Richtung, die Expertin wünscht sich aber einen stärkeren Charakter von Verbindlichkeit, um die soziale unternehmerische Verantwortung zu steigern. Transparenz und Überprüfbarkeit müssten gegeben sein.

Zuletzt spricht sich die Wirtschaftsexpertin für die Wiederherstellung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie aus. Als adäquate Maßnahmen definiert sie die Einbehaltung eines Kerns von öffentlichem Eigentum an der Wirtschaft, eine stärkere Verteilungsrolle des Staates sowie eine strenge globale Regulierung der Finanzmärkte. In diesem Zusammenhang meint sie, dass Rating von staatlichen Institutionen übernommen werden sollte. *Original-Vortrags-Struktur siehe Anhang.*

<sup>1</sup> Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings

Vortrag:

# Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange

„Wozu ist Arbeit in der modernen Gesellschaft gut? – Wir leben um zu arbeiten und wir arbeiten um zu konsumieren.“ Nikolaus Dimmel

**Abstract:** Nikolaus Dimmel präsentiert dem Publikum seine Thesen zu einer Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit: Beruf wird vom Job abgelöst, Identität und Selbstwert stehen dabei nicht mehr im Vordergrund, sondern vor allem der Lohn und das Geld am Konto. Auch wer arbeitet, ist vor Armut nicht gefeit: Dies dokumentieren laut Dimmel immer mehr Teilzeit- bzw. befristete Jobs sowie Situationen, wo das Einkommen kaum zum Überleben reicht.

Die Lösung: Nicht Menschen sollen sich an Jobs anpassen, sondern es sollte Beschäftigung angeboten werden, die zu den Menschen passt. Nikolaus Dimmel ist der Ansicht, dass das bezeichnende am gegenwärtigen Prozess die schrittweise Rückkehr des Kapitalverhältnisses in seinen Normalzustand sei. Dadurch würden die Vorteile, die man sich in den 1970er und 1980er Jahren geschaffen hat, langsam wieder zersetzt.

## Im Fokus: „Kohle am Girokonto“

Auch er setzt sich in seinem Vortrag mit der Atypisierung der Arbeit und weiteren aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt auseinander. Beispielsweise sei das Konzept Beruf als solches abhanden gekommen und vom Job abgelöst worden. Die Idee einer erlernten Stammqualifikation, die den Men-



Nikolaus Dimmel: Das Konzept Beruf ist nicht mehr zeitgemäß.

schen ein Leben lang begleite, wäre ebenso antiquiert wie die Bindung an ein Unternehmen, in dem man wächst und seine Qualifikationen schrittweise weiterentwickelt. Das moderne Konzept Job sei in erster Linie mit der Auffassung „Kohle am Girokonto“ verbunden. Damit gehe jedoch auch eine Entwertung von Qualifikationen einher.

Wohingegen früher eine Langzeitarbeitskraft im

Handwerk als hochqualifiziert und wertvoll gegolten hätte, sei Alter heute laut Dimmel „ein Zustand kurz vor Müll“, denn ältere Menschen am Arbeitsmarkt würden als langsam und unflexibel angesehen.

## Leben um zu arbeiten – arbeiten um zu konsumieren

Der Experte wirft außerdem die Frage auf, wozu Arbeit in der modernen Gesellschaft eigentlich gut sei und beantwortet sie selbst: „Wir leben um zu arbeiten und wir arbeiten um zu konsumieren“. Seiner Meinung nach gilt das Entgelt heute als zentrales Jobkriterium, dies würde umso deutlicher, je weiter unten man in der sozialen Leiter stehe.

Im Fortlauf des Vortrags erläutert der Politikwissenschaftler und Rechtssoziologe auch die Entwicklung der Schwerpunkte in der Arbeitsmarktpolitik seit den 1980er Jahren. Wo es früher galt qualitative Fragen wie die Qualifikationsanforderungen zu ergründen, steht heute die „Job-Readiness“ „employability“ im Vordergrund.

*Vollständiges Vortrags-Skriptum: siehe Anhang.*

# Reden ist Gold: Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen: Kurt W. Rothschild, Margit Waltraud Schatzenstaller-Altzinger, Bernd Marin, Ernst Hinterberger und Nikolaus Dimmel, moderiert von Barbara Krommer.

Der ExpertInnentalk am Podium startet mit einer Reaktionsrunde auf die beiden Vorträge:

## **Ernst Hinterberger: Trübe Aussichten für ArbeitnehmerInnen?**

Die Moderatorin Barbara Krommer erteilt zuerst Ernst Hinterberger das Wort, der auf seinen Status als Nicht-Akademiker verweist, der zu etwas härteren Ausführungen seinerseits führen würde: Ihm zufolge wird die Lage in unserer Gesellschaft zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen von Nötigung und Erpressung bestimmt. Diese Handlungen seien aber nicht strafbar, weil sie im Zusammenhang mit guten Sitten erfolgen. In der Praxis werde aber die Lage der ArbeitnehmerInnen immer schlechter, Gewerkschaften würden an Ein-



Ernst Hinterberger: Die Welt ist von Großkapital regiert.

fluss verlieren und ein Ende dieser Entwicklung wäre nicht in Sicht. Die ganze Welt sei von Großkapital regiert und PolitikerInnen würden zwar reden, aber nichts tun. Er meint, es wäre schön, wenn sich Leute Gedanken machen würden, warum die Dinge so sind, wie sie sind. Im Moment lasse sich jedoch nichts daran ändern, weil die Leute, die die Macht hätten etwas zu verändern, nichts ändern wollen.

## **Kurt W. Rothschild: Kräfteparallelogramm adè!**

Darauf folgt die Wortmeldung von Kurt W. Rothschild, der damit anschließt, seinen Vorredner als einen pessimistischen Realisten zu bezeichnen. Er wirft die Frage auf, warum wir uns in dieser absurden Situation befänden. Seiner Meinung nach verschlechterten sich die Arbeitsverhältnisse wieder; nach 200 Jahren der Arbeitszeitverkürzungen rede man wieder von Arbeitszeitverlängerungen.

## **Neue Form des Kapitalismus**

Doch man müsse sich die Frage stellen: Wieso kommt es zu Verarmung und erhöhter Arbeitslosigkeit? Rothschild widerspricht Nikolaus Dimmel in seiner Einschätzung, die Gesellschaft fiele wieder auf eine Form des alten Kapitalismus zurück.

Die goldenen Jahre seien zwar verschwunden, es gäbe jedoch keine Rückkehr zum alten Kapitalis-

mus, sondern eine Hinwendung zu einer anderen Form des Kapitalismus.



Kurt W. Rothschild: Die Goldenen Jahre sind verschwunden.

Das 20. Jahrhundert war von ständigem Fortschritt geprägt, es war das Jahrhundert der Sozialdemokratie. Durch eine gestärkte Arbeiterschaft wurde der Kapitalismus langsam zurückgeschlagen, die Arbeitsverhältnisse in der entwickelten Welt verbesserten sich. Es gab ein Kräfteparallelogramm zwischen den UnternehmerInnen, dem Staat und den ArbeiterInnen, das allen nutzte.

Innerhalb eines gewissen Rahmens waren die UnternehmerInnen abhängig von den Kompromissen mit der Gewerkschaft und brauchten Schutzmaßnahmen vom Staat. Der Staat arbeitete mit der Industrie zusammen, war aber auch der Sozialpolitik zugänglich. Und die ArbeiterInnen konnten durch



# Reden ist Gold: Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen: Kurt W. Rothschild, Margit Waltraud Schatzenstaller-Altzinger, Bernd Marin, Ernst Hinterberger und Nikolaus Dimmel, moderiert von Barbara Krommer.

die gewerkschaftliche Macht Einfluss auf die Unternehmen nehmen. Somit ergab sich eine Mäßigung durch gegenseitige Abhängigkeit.

Rothschild führt weiter aus, dass die neue Revolution eine einmalige technologische Revolution sei. Noch nie zuvor wurden in so kurzer Zeit in so großem Maße neue Technologien eingeführt. Außerdem würden diese Veränderungen nicht mehr, wie früher, einzelne Industrien betreffen, sondern schafften im gesamten Produktionsbereich neue Möglichkeiten. Beeindruckend große Fortschritte waren beispielsweise in der Organisation, Kommunikation und im Transportwesen zu verzeichnen. Dadurch ist es heute möglich sehr große Produktionseinheiten zu kontrollieren.

Durch diese Fortschritte kam es zu enormen Veränderungen und das Kräfteparallelogramm ist außer Kraft gesetzt worden. Durch vermehrte Mergers & Acquisitions<sup>2</sup> und durch den Vorstoß des Finanzkapitals, verfügen Großkonzerne heute über internationale Macht. Sie haben kein Interesse mehr an Zollschutz oder anderen Maßnahmen, die ihnen ein Staat bieten könnte, sondern fordern die Befreiung von nationalen Regulierungen. Abschließend meint der Professor, dass Globalisierung etwas Positives sei, wenn es in einem geordneten Prozess vor sich gehe. Im Moment gehe allerdings, getrieben von

den multinationalen Konzernen, ein Prozess vor sich, der als Globalisierung mit Deregulierung bezeichnet werden kann.

## **Bernd Marin: Man dachte es ginge so weiter wie früher**

Als nächster Podiumsgast ist Prof. Dr. Bernd Marin am Wort. Auch er grenzt sich von der ausschließlich pessimistischen Perspektive Ernst Hinterbergers ab und behauptet, nicht die Lage der ArbeitnehmerInnen würde immer schlechter, sondern die Stimmung. Die Lage an sich würde sich seiner Meinung nach in vielen wichtigen Bereichen durchaus stetig verbessern. Dies drücke sich nicht nur in vierfach gestiegenen Realeinkommen in der Nachkriegszeit, in 15 Jahren höherer Lebenserwartung, sondern auch in enorm erhöhtem Zeitwohlstand (etwa 86 bis 100 Tagen oder 700 Stunden mehr Freizeit seiner Jugend) aus.

Stimmung und Zukunftsperspektiven seien seiner Ansicht nach deshalb so bescheiden, weil man immer geglaubt habe, der soziale Fortschritt des „goldenen Zeitalters“ des Wiederaufbaus ginge unentwegt so weiter wie früher. Das Gleichgewicht der Klassenkräfte sei jedoch gestört, überall in Europa. In Österreich trügen die zuvor besonders starken Gewerkschaften freilich laut Marin auch zum Teil



Bernd Marin: Schlechte Stimmung am Arbeitsmarkt.

selbst Schuld an ihrem Niedergang, Stichwort Bagaw von Karibik bis Refco, wo nicht nur Jahrzehnte finanziellen, sondern Jahrhunderte kulturellen Kapitals und Glaubwürdigkeit der organisierten Arbeiterbewegung von einer Handvoll korrupter Funktionäre und krimineller Parvenüse verzockt worden war.

Als nächsten Punkt greift er das Thema Generationenvertrag auf, den man nach römischem Recht durchaus als unsittlich bezeichnen könnte. Die jungen Leute hätten deutlich schlechtere Karten als die ältere Generation, er spricht sogar von der Verkürzung über die Hälfte (laesio enormis). Aus solchen Schief lagen an intergenerationaler Fairness und Gerechtigkeit mag die Einschätzung entstehen, alles sei schlechter geworden.

<sup>2</sup> Sammelbegriff für Unternehmenstransaktionen, bei denen sich Gesellschaften zusammenschließen oder den Eigentümer wechseln.

# Reden ist Gold: Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen: Kurt W. Rothschild, Margit Waltraud Schratzenstaller-Altzinger, Bernd Marin, Ernst Hinterberger und Nikolaus Dimmel, moderiert von Barbara Krommer.

Der Aussage, dass Arbeit nicht vor Armut schütze, stimmt Marin nur unter der Bedingung zu, dass man die Teilzeitbeschäftigung mit einberechnet. Die Nachfrage nach Teilzeitarbeit ist seiner Meinung nach äußerst unbefriedigend, da die Menschen nicht das angeboten bekämen, was sie wollen und brauchen würden. Für Unternehmen lohne es sich zwar, wegen der steigenden Lohnnebenkosten, Vollzeit- in Teilzeitjobs zu zerhacken, das Angebot nach qualifizierten und vollzeitnahen Teilzeitjobs sei jedoch nach wie vor unbefriedigt.

Als Lösungsansatz präferiert er die Möglichkeit der Wahlarbeitszeit. Dabei könnten ArbeitnehmerInnen frei entscheiden, wie viele Stunden sie jeden Monat arbeiten wollen. Dies würde qualifizierte Jobs schaffen und das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage aufheben. Unternehmen, die die Wahlarbeitszeit für sich entdeckt hätten, profitierten von den Vorteilen, wie weniger Abwesenheitszeiten und gesteigerter Motivation. Abschließend sagt Bernd Marin, dass es in Österreich viele Leute gibt, die nur aus aufgeklärtem Eigennutzen Teilzeitjobs annehmen würden, da sie wüssten, dass sie bei Annahme eines Vollzeitjobs nur unwesentlich mehr oder sogar weniger verdienen würden.

## **Margit Schratzenstaller-Altzinger: Arbeitsmarktpolitik allein genügt nicht mehr**

Last but not least ist Margit Schratzenstaller-Altzinger mit ihrer Wortmeldung an der Reihe. Sie schließt an das Gesagte von Nikolaus Dimmel an und ergänzt, dass der Anstieg an Teilzeitbeschäftigten zu 94 % von Frauen getragen wird. Leider gäbe es bei Frauen immer noch Qualifikationsdefizite, diese würden aber bei der jüngeren Generation immer geringer.

Weiter führt sie aus, dass Männer generell weniger Stunden arbeiten würden als Frauen. Männer wenden pro Woche 7,2 Stunden (20,5 % der gesamten Arbeitszeit) für unbezahlte Arbeit auf, 27,9 Stunden für bezahlte Erwerbsarbeit, insgesamt arbeiten sie pro Woche 35,1 Stunden<sup>3</sup>. Frauen wenden pro Woche 28 Stunden (61,9% der Gesamtarbeitszeit) für unbezahlte Arbeit und 17,3 Stunden für bezahlte Arbeit auf; insgesamt arbeiten sie pro Woche 45,2 Stunden. Die Teilzeitquote ist von 19,7 % 2004 auf 23,3 % gestiegen; aber Teilzeit ist immer noch vorwiegend weiblich: der Männeranteil an allen Teilzeitarbeitenden beträgt 8,1 %. 41,2 % der Frauen arbeiten Teilzeit. Margit Schratzenstaller-Altzinger spricht auch das Thema politische Verantwortung



Margit Schratzenstaller-Altzinger: Lebenslange Weiterbildung muss zur Norm werden.

nicht mehr genüge, um die soziale Selektion aufzuheben. Dazu müsse nun auch die Bildungspolitik ihren Teil beitragen; lebenslange Weiterbildung müsse zur Norm werden.

In der Familienpolitik konstatiert die Expertin kräftige Defizite im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Abgabesystem in Österreich sei durch seine hohen Grenzsteuersätze sehr beschäftigungsfeindlich, durch die Freigrenze von € 349,- würden viele Menschen in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis verharren. Vor allem bei den Betreuungseinrichtungen für Kinder sieht sie

<sup>3</sup> WiFo 2002

# Reden ist Gold: Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen: Kurt W. Rothschild, Margit Waltraud Schatzenstaller-Altzinger, Bernd Marin, Ernst Hinterberger und Nikolaus Dimmel, moderiert von Barbara Krommer.

noch starken Nachholbedarf, wobei hier auch auf betrieblicher Ebene viel erreicht werden könnte. Zuletzt merkt sie an, dass sie gegenüber der Förderung des 3. Arbeitsmarktes skeptisch ist, da sie unsicher sei, ob diese Arten der Beschäftigung auch Frauen zu Vorteilen verhelfen würden.

## **Nikolaus Dimmel: Rationalisierung der Kopfarbeit**

Nikolaus Dimmel geht daraufhin nochmals auf die von Kurt W. Rothschild angesprochene „neue Situation“ ein. Er meint, dass neben Faktoren wie



Arbeitsmarkt aktuell: Rege Diskussion am DSE-Podium.

Globalisierung und Standortwechsel großer Konzerne in Niedriglohnländer, nun auch der Prozess der Rationalisierung der Kopfarbeit sichtbar wird. Dies sei ein Frontalangriff auf das menschliche Arbeitsvermögen. Er betont, dass es jede Menge

Nachfrage nach Arbeit gäbe und auch eine Vielzahl angebotener „Junk-Jobs“, jedoch sei die Wirtschaft nicht mehr in der Lage dieses Missverhältnis auszugleichen, dafür bedürfe es der Hilfe der Politik. Zur Frage der Wiederverstaatlichung meint der Experte, dass die Tradition der öffentlichen Beschäftigung wieder aufgenommen werden könnte, da gewisse Teile der Beschäftigung gar nicht von Unternehmen übernommen werden. Es wäre also eine Option, den aus dem Ruder gelaufenen Arbeitsmarkt wieder durch den Staat regulieren zu lassen.

## **Wie kann man Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, wieder in den Arbeitsmarkt integrieren?**

Auf diese Frage Barbara Krommers antwortet Ernst Hinterberger, es wäre an der Zeit, dass ArbeitgeberInnen Verantwortung übernehmen. Dies geschehe aber leider nicht, da die Wirtschaft ihrer moralischen Verpflichtung nicht nachkomme. Unternehmen seien nur gewinnorientiert und hätten kein Interesse an sozialen „Gschichtln“.

## **Behörde für Vollbeschäftigung?**

Daraufhin richtet Barbara Krommer die Frage an Frau Schratzenstaller-Altzinger, ob es ihrer Meinung nach denkbar wäre eine Behörde einzurichten, die

nur die Vollbeschäftigung zum Ziel hat? Diese meint daraufhin, dass nun die Politik am Zug sei und auf nationaler Ebene im Bereich des Abgabensystems, vor allem bei den Sozialversicherungsbeiträgen, viele Steuerungsmöglichkeiten vorhanden wären. Langfristig gesehen wäre für sie eine Negativsteuer denkbar, um die unteren Schichten zu entlasten.

## **Verstärkt Anreize für Unternehmen setzen!**

Bevor auf die Publikumsdiskussion übergeleitet wird, bemerkt Dr. Marin noch, dass man auch für Unternehmen Anreize so setzen könnte, dass man nicht an ihre Moral appellieren muss, sondern dass die UnternehmerInnen aus Eigennutzen sozial handeln. Aus seinen eigenen Erfahrungen berichtet er von einem Amtsbesuch, wo auf dem Schreibtisch des Beamten die Worte „Ich bin nicht freiwillig hier“ zu lesen waren.

Solche Einstellungen, meint er, sind für die Privatwirtschaft einfach nicht tragbar und können von Unternehmen nicht gehalten werden. Abschließend spricht der Professor davon, dass das Humankapital der Frauen am Arbeitsmarkt massiv abgebaut wird. „Da kann man sagen, das ist eine Verschwendung, man kann aber auch sagen, das ist eine Sauerei.“ Auch wenn die Bildungsschere zwischen Männern und Frauen kleiner wird, nimmt die kumulierte Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zu.

# Publikumsdiskussion

Diskursiv // intensiv // konstruktiv

## (Neo-)liberale Wirtschaftselite

Monika Leutgeb, IT-Consultant, bringt sich mit der Frage in die Diskussion ein, welche Akteure die aktuellen Rahmenbedingungen geschaffen hätten. Sie argumentiert, dass die vielen MBA's, die an den Spitzen der Großkonzerne sitzen, durch amerikanische Schulen gegangen seien und somit ihre



150 Tagungsgäste belebten die spannende Diskussion.

(neo-)liberale Prägung nach Europa transportierten. Außerdem Sorge das politische Establishment im Land dafür, dass die Reicheren immer mehr bevorzugt würden.

## AMS im internationalen Vergleich

Weiters wird zur Debatte gebracht, dass Gelder vom AMS für Investitionen ausgegeben werden, die auch sinnvoller verwendet werden könnten.

Darauf antwortet Bernd Marin, dass er wohl übereinstimme, dass manche Aktivitäten des AMS kritisch betrachtet werden müssen, dass das AMS Österreich allerdings im internationalen Vergleich sehr gute Arbeit leiste. Im deutschen Arbeitsamt beispielsweise, seien ein Großteil der Angestellten mit bürokratischem Aufwand und nicht mit der Vermittlung von Arbeitslosen beschäftigt. Außerdem sei die Dauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit mit 90 bis 100 Tagen in Österreich sehr überschaubar, wohingegen man in anderen europäischen Ländern im Durchschnitt bis zu 14 Monaten auf einen Arbeitsplatz warte.

## Politisches Bekenntnis zum Dritten Arbeitsmarkt gefordert

Franz Sedlak von der BAWO ARGE Wien<sup>4</sup> schwenkt nochmals zum Thema Dritter Arbeitsmarkt über. Er berichtet von tausenden sog. „arbeitsfernen“ Personen, die keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt fänden.

Der dritte Arbeitsmarkt sei eine notwendige Alternative, zu der sich auch die Politik bekennen sollte. Martin Mair vom Bundesausschuss gpa-djp work@flex<sup>5</sup> bezeichnet die Selbstverwaltung als großen



Rudolf Wagner (DSE-Vorstandsmitglied): Vorhandenes Potenzial nutzen!

Alternativbereich und betont die schwach ausgeprägte Genossenschaftsidee in Österreich. Er spricht von einem verstärkten Vorgehen nach den Prinzipien der Anarchie und meint, dass Gesellschaft nicht gleich Verstaatlichung heißen müsse.

Rudolf Wagner, DSE Wien-Vorstandsmitglied und Geschäftsführer von pro mente Wien betont, dass man jene Menschen, die noch das Potenzial der Anschlussfähigkeit hätten, unbedingt qualifizieren sollte.

<sup>4</sup> Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe; <http://www.bawo.at/>.

<sup>5</sup> Gewerkschaft der Privatangestellten Druck – Journalismus – Papier; work@flex: Das GPA-Netzwerk für Menschen mit Werkvertrag, freiem Dienstvertrag und „neue Selbständige“; [www.gpa-djp.at/flex/](http://www.gpa-djp.at/flex/).



# Publikumsdiskussion

Diskursiv // intensiv // konstruktiv

## CSR praktisch: Zweite Sparkasse

Gerhard Habermann, Filialdirektor der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, schildert, welche Leistungen seine Institution für KundInnen



Maribel Königer, Pressesprecherin der Erste Stiftung, zum Gründungsgedanken der Zweite Sparkasse.

ohne Bonität anbietet. Diese haben bei der Zweite Sparkasse die Möglichkeit, ein kostenloses Konto zu eröffnen, das eine wichtige Voraussetzung für den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt und das persönliche Wirtschaftsleben darstellt. Die Zweite Sparkasse wurde aus einem Reorganisationsgedanken der Erste Bank gegründet, die sich damit wieder auf ihren Gründungsgedanken besinnt. Eine solche Institution ist wegen der momentanen

schlechten Wirtschaftsentwicklung und den negativen Rahmenbedingungen für Menschen, die außerhalb der Gesellschaft stehen, besonders relevant. Die Notwendigkeit zeigt sich auch an den Kennzahlen für Wachstum; die Zweite Sparkasse verzeichnet momentan die höchsten Wachstumsraten in Österreich.

Maribel Königer, Pressesprecherin der Erste Stiftung, erläutert die Motivation für die Ermöglichung der Zweiten Sparkasse. Königer führt aus, dass die Erste Stiftung 2003 aus der Motivation heraus gegründet wurde, eine sozialpolitisch verantwortungsvolle Gesellschaft zu schaffen. 30 % der Dividende der Erste Bank stehen der Erste Stiftung zur Verfügung, um ihre Unabhängigkeit zu sichern und die Stiftungsziele zu erreichen. Ein weiterer Motivationsaspekt war der Gründungsgedanke, jene Gelder zurück an die Gesellschaft zu geben, in der sie erwirtschaftet worden sind.

Die erste Filiale der Zweite Sparkasse wurde 2006 in Wien eröffnet, heute bestehen bereits Filialen in fünf Bundesländern. Im Moment hat die Bank 3000 Kunden, monatlich kommen 200 Neukunden dazu und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Bank wird von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Erste Bank und Freiwilligen aus anderen NGO's geführt. Der Zugang zu den Konten ist strikt geregelt und er-

folgt nur über die Vermittlung der Kunden durch eine Beratungsorganisation (Caritas, Dialog, Hilfswerk, etc.). Der Grund dafür ist, dass die freiwilligen



Monika Weinrichter (Med Tech Plus): DSE-Wien als möglicher Partner der Zweite Sparkasse?

Mitarbeiter der Zweite Bank über keine Erfahrungen mit Sozialprojekten verfügen und daher die Auswahl der KundInnen durch kompetente PartnerInnen erfolgen muss. Die Konten sind befristet und werden regelmäßig überprüft, um das Ziel, ein „normales“ Konto eröffnen zu können, zu erreichen.

Monika Weinrichter von Med Tech Plus fragt nach, ob auch der DSE als ein neuer Partner für die Zweite Sparkasse denkbar wäre. Darauf wird geantwortet, dass dies grundsätzlich vorstellbar wäre, aber spezieller Schulungen für die MitarbeiterInnen bedürfe.

# Abschlussrunde

Ist der Umkehrschluss „Geht’s uns allen gut, geht’s der Wirtschaft gut“ eine hohle Phrase, oder steckt mehr dahinter?

Bernd Marin würde sich wünschen, es wäre so und Ernst Hinterberger fügt hinzu, dass er es für einen sinnlosen Ausspruch hält, da es genügend Leute gibt, denen es schlecht geht. Kurt W. Rothschild betont, dass es in einer Gesellschaft immer Gewinner und Verlierer gäbe und es in einer dynamischen Wirtschaft unmöglich sei, dass immer alle gleich stark profitierten.



Gabriele Amon (Job-TransFair): AMS als Chance.

Der Drang zu konsumieren sei ein Teil des Problems, meint daraufhin Nikolaus Dimmel. Konsum

sei eine Form sozialer Kontrolle und viele hätten aus den Augen verloren, wann es genug sei. Auch der Outcome des 2. Arbeitsmarktes würde seiner Meinung nach immer schlechter, er verkomme langsam zu einem „Arbeitslosen-Parkhaus“. Margit Schratzenstaller-Altzinger schließt mit der Wortmeldung ab, dass der Auftrag für eine Veränderung bei der Politik liege. Diese müsse aktiv bzw. proaktiv handeln und bei der von den Arbeitern geforderten Flexibilität auch eine gesteigerte Sicherheit bieten.

Zuletzt folgen noch zwei Anmerkungen aus dem Publikum. Stefan Kirschner (Dialog - Bildungs- und Beratungsinstitut<sup>6</sup>) betont die Wichtigkeit, Jugendlichen eine Perspektive zu bieten. Eine abgeschlossene Ausbildung sei von hoher Bedeutung, um sein Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Das AMS erbringe in diesem Zusammenhang tolle Leistungen. Dem fügt Gabriele Amon von Jobtransfer hinzu, dass sie aus persönlicher Erfahrung berichten kann, dass das AMS ein großartiges Service anbietet.

Sie selbst hatte die Schule abgebrochen und später beim AMS die Möglichkeit bekommen, Kurse zu besuchen. Sie meint, dass durch die Unterstützung



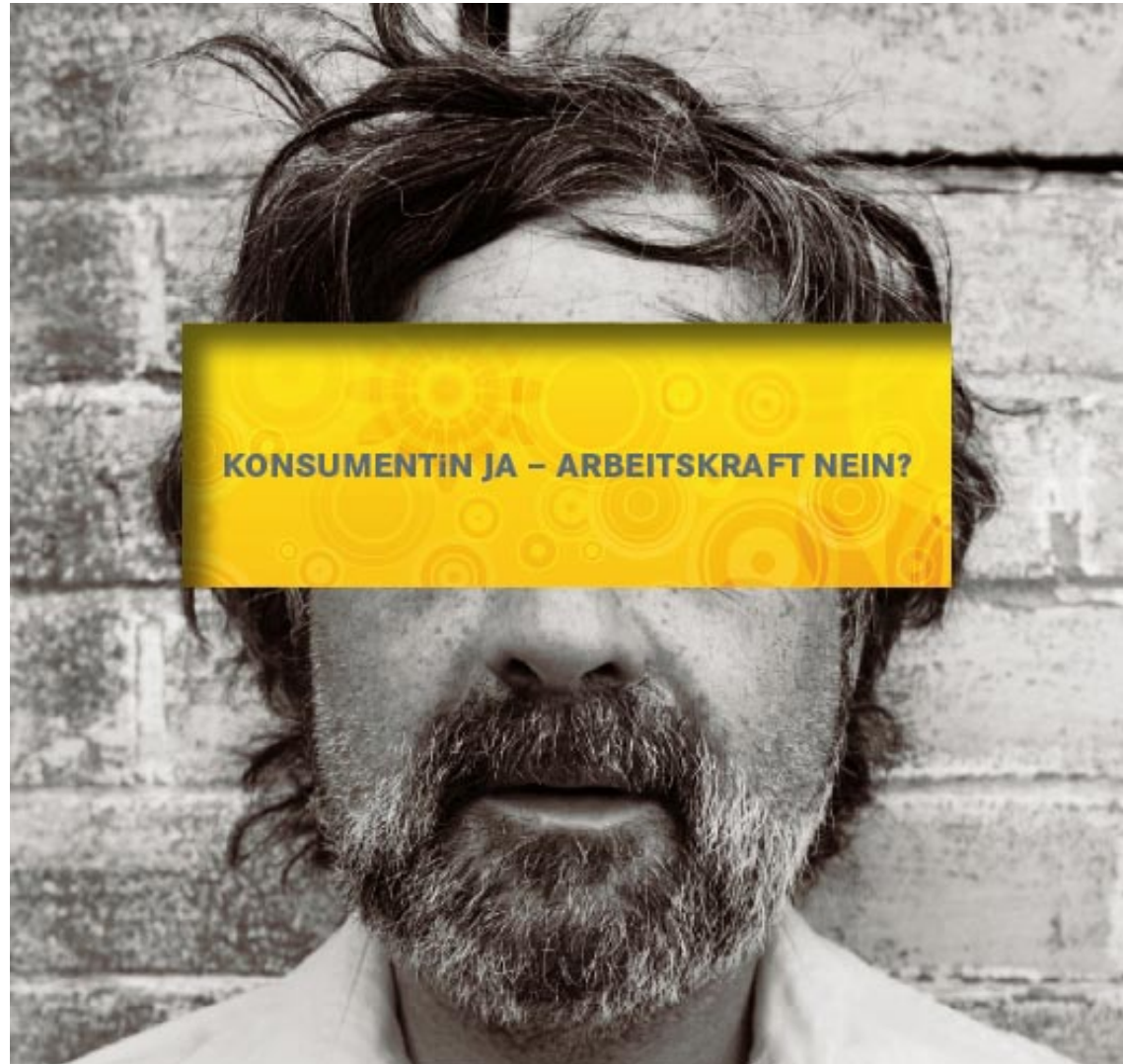
Heimo Rampetsreiter (DSE-Wien) lädt zum gemütlichen Ausklang einer konstruktiven Veranstaltung.

Heimo Rampetsreiter, Vorstandsvorsitzender des DSE-Wien, schließt die Veranstaltung ab, indem er sich bei den Vortragenden, der Moderatorin und den zahlreichen BesucherInnen für ihre spannenden Beiträge und ihr großes Interesse bedankt und zu einem gemütlichen Ausklang des Abends mit Blues vom Feinsten und Buffet lädt.

<sup>6</sup> <http://www.derdialog.at/>







Diskurs // Vernetzung // Perspektiven  
**Anhang**

DSE-Wien (Wiener Dachverband für sozial-ökonomische Einrichtungen)



# Dr. Helene Schuberth (Bundeskanzleramt/ÖNB)

## Der Arbeitsmarkt im Shareholder Kapitalismus

Wider die „aufgeklärte Ratlosigkeit“ (Jürgen Habermas)

### 1. Vom Manager Kapitalismus zum Shareholder Kapitalismus

#### Manager Kapitalismus

Bis in die 1980er Jahre dominierte eine sozial-koooperative, stark auf Wachstum und sozialer Sicherheit ausgerichtete Form der Unternehmens-, Markt- und Wirtschafts-verfassung, die das Modell der sozialen Marktwirtschaft prägte. Durch vielschichtige Unternehmens- und Managerverflechtung im teils verstaatlichten Banken- und Industriesektor wurde den Gesetzen des Marktes Grenzen gesetzt, der Finanzsektor unterlag strenger Regulierung.

Elemente:

Kredit- und Selbstfinanzierung anstelle von Aktienkapitalerhöhungen an der Börse oder Aufnahme von Anleihen am Kapitalmarkt.

Orientierung der Unternehmen an langfristigem Wachstum und Sicherheit, lang-fristig stabile und moderate Dividendenpolitik (begünstigt durch Bilanzierungs-vorschriften des Handelsgesetzbuches).

Ausweitung der – oftmals auch renditeschwachen – Geschäftsfelder in konglo-merater Konzernbildung (in-sourcing), Quersubventionierung der Geschäftsparten innerhalb des Konzerns.

Abwehr fremder Einflussnahme auf Unternehmenspolitik der Manager durch Stimmrechtsbeschränkungen erschwert.

Einbindung von Gewerkschafter und Arbeitnehmer in das sozioökonomische Beziehungsgeflecht.

#### Shareholder Kapitalismus

Ausgelöst durch umfassende, staatlich vorangetriebene Deregulierung der Finanz-märkte und der Übernahme angloamerikanischer Rechtsordnung in der Finanz-marktregulierung und im Bilanzierungswesen wurde das Modell der sozialen Marktwirtschaft durch Elemente des Shareholder Kapitalismus überlagert. Es kommt zur tendenziellen Marktdurchdringung sämtlicher Lebensbereiche.

Elemente:

Aktienfinanzierung gewinnt gegenüber Kreditfinanzierung an Bedeutung. Die Befriedung der Renditemaximierungswünsche der Eigentümer (Shareholder) tritt in den Vordergrund zu Ungunsten der Interessen der Stakeholder (Arbeit-nehmer, Konsumenten, Lieferanten, Verbraucher-, Umweltschutzverbände), begünstigt durch Rechnungslegungsvorschriften, die vollständige Offenlegung und vierteljährliche Berichterstattung festlegen. Quersubventionierung der Ge-schäftssparten wird damit erschwert.

Koppelung der Gehälter der Manager am kurzfristigen Betriebsergebnis (Aktienoptionen).

Durch Lockerung des Übernahmerechts wurden Unternehmensübernahmen er-leichtert.

Die Strategie des langfristigen Wachstums (durch Innovation und langfristige Investitionsstrategie) wird ersetzt durch kurzfristige Gewinnrealisierung, erzielt durch verstärkte Kostenkontrolle in allen Geschäftszweigen; Produktionsverla-gerungen, Ver-schlankung.

Private Equity Fonds („Heuschrecken“) und Hedge Fonds investieren in Unter-nehmen und setzen dort den shareholder value bisweilen brutal durch. Pensionsfonds, die traditionell in sichere Anlagen veran-lagen, investieren zunehmend auch in Hedge Fonds, ebenso Banken und Versicherungen.

Finanzmarktregulierung wird zum Teil an private Re-gulierungsinstitutionen (Ra-tingagenturen, internationale Bilanzierungsgremien, Wirtschaftsprüfungsgesell-schaften) delegiert (Entdemokratisierung). Finanzmärkte werden zur wirt-schaftspolitischen und ethischen Instanz.

# Dr. Helene Schuberth (Bundeskanzleramt/ÖNB)

## Der Arbeitsmarkt im Shareholder Kapitalismus

Wider die „aufgeklärte Ratlosigkeit“ (Jürgen Habermas)

### 2. Konsequenzen für Unternehmen und Arbeitsmarkt

Die ehemals öffentlichen Banken und Unternehmen wurden zum großen Teil privatisiert, begünstigt durch Missmanagement und mangelnde Managerkontrolle in vormals öffentlichen Bereichen.

#### Ergebnis von Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts:

Teilung der Arbeitnehmer in Stammbeschaftung mit Normalarbeitszeitverhältnissen einerseits und Zeitarbeits- bzw. Randbeschaftungen andererseits, standardisierte Arbeitszeiten, Zunahme von Teilzeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen insbesondere von Frauen, „Generation Praktikum“, steigende Armut, Niedriglohnsektor.

Stärker aktivierende statt vorsorgende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Zwang zur Selbstvorsorge, Selbstorganisation und Selbstdisziplinierung.

Schwächung der Arbeitnehmervertretung.

Verstärkung der Einkommens- und insbesondere der Vermögensungleichheit.

Die Lohnquote, der Anteil von Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, ist seit 1980 weit stärker als im EU-Schnitt gesunken; die

Reallöhne bleiben deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurück.

Verteilung verschiebt sich immer stärker in Richtung leistungsloses Vermögenseinkommen: es entsteht, steuerlich massiv gefördert, eine Aristokratie des Reichtums, unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem weist Elemente eines Neofeudalismus auf. So ist beispielsweise die Anzahl der Dollarmillionäre in Österreich 2007 um ca 8 % auf 77.000 gestiegen.

Fallbeispiele von Unternehmensübernahmen durch Private Equity Fonds und Hedge Fonds – Konsequenzen für die ArbeitnehmerInnen.

### 3. Unterschiedliche Reaktionen auf den Regimewechsel

Wesentliche Frage: Wie wird soziale Inklusion und soziale Integration, wie wird Fairness und Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt unter den neuen Bedingungen hergestellt?

Appelle an die Moral

Im Umfeld deregulierter Märkte tritt an die Stelle staatlichen Rechts bzw. Regulierung die Ethik,

wobei die Unternehmensethik einen bedeutenden Platz eingenommen hat: Unternehmer sollen zum ethischen homo oeconomicus konvertieren. Recht wird ausgehöhlt zugunsten moralischer Willkür; erst daraus gewinnt der Neoliberalismus seine Stabilität.

Modelle von Selbstregulierung

z.B. Corporate Social Responsibility (CSR): Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.

### Wiederherstellung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie

Jenseits aller Rhetorik über Wirtschaftsethik und sozialer Marktwirtschaft wird von vielen stärkere Regulierung bzw. Rücknahme bereits erfolgter Deregulierungen bzw. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gefordert. Darüber werden in vielen anderen Bereichen Maßnahmen diskutiert:

Erhaltung bzw. Ausbau eines Kerns an öffentlichem Eigentum an der Wirtschaft (vor allem an der Infrastruktur), sowohl als Instrument für Lenkungsmaßnahmen als auch als Stabilisator im Krisenfall.

# Dr. Helene Schuberth (Bundeskanzleramt/ÖNB)

## Der Arbeitsmarkt im Shareholder Kapitalismus

Wider die „aufgeklärte Ratlosigkeit“ (Jürgen Habermas)

Angesichts der ungerechten Verteilung der Markt-löhne hat der Staat eine bedeutendere Umverteilungsfunktion einzunehmen.

Förderung von längerfristigen Perspektiven, besonders in der Bewertung des betrieblichen Erfolges und in der Managervergütung (Aktien- Unternehmens- und Steuerrecht, Rechnungslegungsvorschriften)

Demokratisierung und Regulierung des Finanzsystems mit globalen Standards (Weltfinanzinstitution).

Ein Handelsregime, das Arbeits- und Umweltrechte den Eigentumsrechten gleichstellt.

Forderungen an die Corporate Social Responsibility (CSR). CSR ist ein wesentlicher Beitrag zur Durchsetzung sozialer, umwelt-, und arbeitsrechtlicher Standards, sie ist aber kein Ersatz für verbindliche Regulierung.

CSR muss an verbindliche Normen gebunden sein. Möglichst breite demokratische Mitbestimmung bei der Ausgestaltung und Kontrolle von CSR.

Herstellung von Transparenz und Überprüfbarkeit des unternehmerischen Verhaltens; Nachweis überprüfbarer, nach Möglichkeit messbarer Leistungsergebnisse.

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

#### 1. Ausgangspunkt: Atypisierung und Flexibilisierung -Arbeitsmarkt im Wandel

Die Ausweitung atypischer Arbeit und die Flexibilisierung des Produktions- und Arbeitsprozesses sind zwei zentrale Triebkräfte der ggw Entwicklung von Arbeitsmarkt und Arbeitswelt. Auf paradoxe und sozial-selektive Weise realisiert das Kapitalverhältnis damit die Marx'sche Idee, wonach die Produktion es möglich macht, „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ Ein wachsender Teil der modernen Arbeitskraft-Unternehmer trägt morgens die Zeitung aus oder holt den Müll ab, geht tagsüber zwei oder drei Jobs nach oder schiebt Überstunden, versucht sich abends als Versicherungsmakler und pfuscht am Wochenende. Ein kleiner Teil bewirtschaftet einen sozial ortlosen, durch Laptop, Blackberry und Flugmeilenbonus markierten, mobilen und fraktalen Arbeitsplatz. Dazwischen übrig bleiben die, die nicht mehr können und deshalb arm bzw. ausgegrenzt sind, jene, die noch gesichert sind und sich vor dem Abstieg fürchten sowie jene, die nicht mit-flexibilisieren müssen, weil sie pragmatisiert sind.

Mit „Atypisierung“ ist die Flucht aus dem Normalarbeitsverhältnis in Formen des individualisierten

Zuschnittes von Arbeitsverhältnissen gemeint. Atypisch sind Beschäftigungsverhältnisse, bei denen es sich nicht um dauerhafte Vollzeitbeschäftigung handelt. Dazu zählen im Kern Teilzeit, freie Dienstverträge, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Tele-Arbeit oder Heimarbeit. „Flexibilisierung“ meint darin die Arbeitszeitkomponente, die dadurch Bedeutung gewinnt, dass erweiterte Maschinenlaufzeiten die Produktivität und Rentabilität steigern, dass in „Just-in-Time“- oder „Just-in Sequence“-Prozessen markt- und kundenorientiert ohne Lagerhaltungskosten produziert werden kann.

Typische Arbeit stellt im Kapitalverhältnis eine historische Ausnahmesituation dar. So wie das frühe Arbeitszeitrecht bloß die ständisch organisierte Arbeiteraristokratie begünstigte, ist die Geschichte des Arbeitskampfes eine Geschichte selektiver Kompromisse. Auch in fordistischen Zeiten waren erhebliche Teile der Lohnabhängigen nicht oder nur eingeschränkt vom Klassen- und Verteilungskompromiss begünstigt. Man erinnere sich nur an die Kritik an der österreichischen Sozialpartnerschaft während der 1970er und 1980er Jahre. Wenn überhaupt konnte man nur während der kurzen Ära „immerwährender Prosperität“ (Burkhard Lutz), eigentlich von 1969 bis 1981, von regularisierter, sozial abgesicherter Vollzeitbeschäftigung bei steter Par-

tizipation am Wirtschaftswachstum sprechen.

Robert Castel hat gezeigt, dass Lohnarbeit in der vorindustriellen Epoche durch ein Minimaleinkommen gekennzeichnet war, welches Ausgaben nur für die unmittelbare Subsistenz erlaubte, keine gesetzlichen Garantien kannte, eine labile bzw. gewalttätige AG-AN-Beziehung aufwies. Arbeitsmarktpolitik kannte im Wesentlichen nur ein Instrument: Hunger.

Das fordistische Lohnarbeitsverhältnis und sein Arbeitsmarkt basierten hingegen auf dem Lohn als einer Form der Vergütung der kollektiv detailliert geregelten Arbeit, die auch Konsummuster, Lebensweisen, Arbeitsdisziplin und den Produktionsrhythmus regelte. Es fußte auf fünf Differenzierungen, nämlich

1. einer klaren Trennung zwischen denen, die regelmäßig arbeiten („Aktiven“), den „Inaktiven“ (den sog. „Erhaltenen“) oder „Semi-Aktiven“, die entweder vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder in institutionell regulierten Formen beschäftigt werden müssen

2. einer kulturellen Kopplung der Erwerbstätigen an ihre Arbeitsplätze sowie der fortlaufenden Rationalisierung des Arbeitsprozesses im Rahmen einer



# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

reglementierten Zeitverwaltung. Diese Anbindung setzt sich aus intrinsischen und instrumentellen Motiven zusammen.

3. einer Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe über die Vermittlungsebene des Lohnes. Dieser Lohn ermöglichte die Teilhabe an den neuen Konsumnormen, durch welche die Erwerbstätigen zu NutznießerInnen und KonsumentInnen der Massenproduktion wurden. Die Lohn- und Verteilungspolitik ermöglichte eine Homogenisierung der Milieus und der Lebensweisen.

4. einer Teilhabe am Sozialeigentum und Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen. Die ArbeitnehmerInnen wurden zu Subjekten mit Anspruch auf öffentliche Güter sowie auf Teilhabe an meritokratischen Gütern, die öffentlich bezuschusst werden. Rechtsansprüche wurden an den eindeutig identifizierbaren Zustand der Lohnarbeit oder an die Arbeitsbereitschaft geknüpft, wodurch der Status der Erwerbsbevölkerung von jenem des Restes der unständigen Arbeit abgegrenzt wurde.

5. einer Verankerung der Rechte von ArbeitnehmerInnen im kollektiven Arbeitsrecht, wodurch ein sozialer Status jenseits der rein individuellen Dimension des Arbeitsvertrags geschaffen wurde. Damit wurde die Politik der Arbeit aus der Sphäre

des Zivilrechts herausgehoben und um das Feld des öffentlichen Rechts erweitert.

Das postfordistische Lohnarbeitsverhältnis konterkariert dieses Arbeitsmarktmuster durch

1. die sukzessive Auflösung der Grenzen zwischen Integrierten und Desintegrierten. Oskar Negt spricht von einer „wachsenden Armee der Überflüssigen“, hervorgerufen durch eine strikt marktwirtschaftlich orientierte Produktivitätsentwicklung. Deregulierung und Flexibilisierung verwischen die Grenzen zwischen „Aktiven“, „Inaktiven“ oder „Semi-Aktiven“, Integrierten und Ausgeschlossenen. Erwerbsbiographien werden diskontinuierlich und fraktal. Sie setzen sich aus Beschäftigungssequenzen zusammen, die kaum noch miteinander zu tun haben. Sie zerfallen in unterschiedliche, sachlich nicht aneinander geknüpfte Tätigkeiten. Damit gewinnt der Marx'sche Entfremdungsbegriff eine neue Dimension. Man ist nicht mehr nur von den Ergebnissen und Verwendungsweisen des eigenen Produktes entfremdet. Man ist auch seiner eigenen Erwerbsbiographie entfremdet, in der man nicht mehr bei sich ist, weil eine organische Entwicklung der Arbeitsvermögen unmöglich wird. Das Arbeitsleben verwandelt sich in eine Ansammlung nächstbesten Lösungen.

2. die kulturelle Ablösung der Erwerbstätigen von ihrer Arbeit und ihren Arbeitsplätzen. Intrinsische werden durch instrumentelle Motivationen verdrängt. Arbeit ist etwas, das man haben muss, womit man sich aber nicht mehr etwa durch Berufsethos, die sozialen Ligaturen des Betriebs oder die Ästhetik des Produktionsprozesses identifizieren kann. Arbeit ist etwas, „durch das man durch muss“. Arbeit ist ein lebloser Zustand. Pointierterweise spricht das Management auch nicht mehr von Arbeitskräften, sondern von Humankapital oder Personalstundenkapazität. Das moderne „atmende Unternehmen“ begreift, eine Paradoxie angesichts der Gesetze der Mehrwertökonomie, menschliche Arbeit als beliebig aufspaltbar und disponibel.

3. die Abkopplung von gesellschaftlichem Reichtum und Lohneinkommen. Für einen wachsenden Teil der unselbständig Erwerbstätigen ermöglicht der Lohn nur noch die Subsistenz. Etwa 13% der Bevölkerung sind armutsgefährdet, 6% akut arm und 32% befinden sich in der Zone der Prekarität knapp oberhalb der Armutsschwelle. Dies führt zu einer Heterogenisierung von Milieus und Lebensweisen.

4. die Privatisierung oder Streichung öffentlicher Dienstleistungen. Die ArbeitnehmerInnen verlieren ihre Ansprüche auf Teilhabe an öffentliche und meritokratischen Gütern, verwandeln sich von KlientInnen

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

in KundInnen auf Sozialdienstleistungsmärkten. Rechtsansprüche auf soziale Sicherheit werden sukzessive durch Kannleistungen ersetzt. Hierzu gehört eine Politik der umfassenden Entstaatlichung bzw. Privatisierung.

5. die Dekollektivierung des arbeitsrechtlichen Schutzes bzw. die Überlagerung des Kollektivvertrages durch die Betriebsvereinbarung oder einzelvertragliche Bestimmungen. Damit wird die Politik der Arbeit aus der Sphäre des öffentlichen Rechts zurückgeschoben in das Feld des Privatrechts.

Die Resultate dieser Entwicklung lassen sich durch Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, arbeitslosigkeitsbedingte Armut, eine Zunahme von Dequalifizierungsfallen, Working Poor, wachsende Matching-Probleme am Arbeitsmarkt oder Jobless Growth beschreiben. Die Lohnarbeit wird gesellschaftlich reorganisiert. Man arbeitet nicht mehr, um zu leben, sondern lebt um zu arbeiten. Das System Wirtschaft absorbiert die Lebenswelt, während die Politik ihren Gestaltungsanspruch aufgibt. Robert Castel spricht trefflich von einer „Rückkehr der Massenverwundbarkeit“. Jenseits der alten Klassen- und Schichtgliederung entsteht eine Gemengelage der Prekariät. Hier regiert der Arbeitskraftunternehmer, der die Risiken der Selbständigkeit und Unselbständigkeit in sich vereint. Dieses Prekariat ist nicht mehr als gesellschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer

Akteur organisierbar, tritt uns vielmehr als Ansammlung repressiv individualisierter Monaden entgegen.

Die neoliberale Entwicklung des Arbeitsverhältnisses kommt einem Sprung zurück an den Beginn des 19. Jahrhunderts in die Ära des Dienstboten- und Hausangestelltenrechts gleich. Sie macht im Rückblick deutlich, dass stabile Lohnarbeit als Konstruktion von gesellschaftlicher Solidarität und Bestimmungsmoment subjektiver Identität verstanden werden muss. Sie macht deutlich, dass das Kapitalverhältnis selbstdestruktiv ist und der Arbeitsmarkt der erste Schauplatz dieser Selbstdestruktion ist. Eine proaktive Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die ausschließlich auf die Beschäftigungsfähigkeit, also die Anpassung der Arbeitskräfte an die Nachfragestruktur bewusstloser Marktprozesse fixiert ist, vertieft dieses Widersprüche anstatt sie zu lösen. Vielfältige Mischzustände zwischen der Dimension der festen Arbeit und jener der völligen Abwesenheit von Arbeit entstehen.

Robert Castel unterscheidet bekanntlich drei Zonen, nämlich jene der „Integration“, eine rasch anwachsenden Zone der „Integrationsdefizite“ bzw. Prekariät sowie eine Zone des „Ausschlusses“ bzw. der „abgehängten Prekariät“. Im Prozess dieser Dreiteilung gibt es wenige Gewinner und beina-

he ausschließlich Verlierer. Soziale Mobilität nach oben wird zur Ausnahmeerscheinung. In der Zone der Integration finden sich die obere Mittel- und Oberschicht. In der Zone der „Integrationsdefizite“ dominiert die zeitlich begrenzte, unregelmäßige, vorläufige oder saisonale Arbeit. Hier finden sich die untere Mittel- und obere Unterschicht. Ihr gehen Einkommen, Sicherheit, Identität, Selbstwert, Perspektive oder Gesundheit sukzessive verloren. In der Zone der Ausschlusses schließlich liegt eine fraktale Gruppe, die Heinz Bude als die „Überflüssigen“ oder „Nutzlosen“ bezeichnet. Dies ist der Ort der unteren Unterschicht, der SozialhilfeempfängerInnen und Langzeitarbeitslosen.

Diese drei Zonen sind zugleich auch Klimazonen der Arbeitsmarktpolitik. In der Zone der Integrierten ist Arbeitsmarktpolitik kein Thema, weil Arbeit Gegenstand souveräner Entscheidungen ist. Darunter, in der Zone der Prekariät, der Integrationsdefizite, ist individuelle Beweglichkeit und Selbstorganisation eingeschränkt möglich - etwa durch Erweiterung des Arbeitsangebotes am Arbeitsmarkt, mehrere Teilzeitjobs, die Kombination von unselbständigem und selbständigem Einkommen. Zugleich wird mit Einschränkungen der Lebensführung auf materielle Problemlagen reagiert. Arbeitsmarktpolitik fokussiert hier auf diskursiven Angeboten, in Qualifikations- und Unterstützungsmaßnahmen, Mobilitäts-

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

und Kinderbetreuungshilfen. Arbeitslosigkeit selbst ist überwiegend ein friktionelles Problem.

In der Zone des Ausschlusses ist das Arrangement der Arbeitsmarktpolitik durch repressive Individualisierung gekennzeichnet. Workfare, soziale Kontrolle, Disziplinierung, Sanktionen, struktureller Arbeitszwang zu Löhnen, die nicht existenzsichernd sind prägen das Bild. Robert Castel beschreibt dies als „negativen Individualismus“. Es herrscht ein institutioneller Zwang zur Teilnahme an prekarierten Arbeitsformen.

Insgesamt folgt die Arbeitsmarktpolitik des neoliberal verfassten Wettbewerbsstaates der Neuausgestaltung des Arbeitsverhältnisses selbst. Lohnarbeit wird von ihren identitätsstiftenden, sozial- und bildungspolitischen Komponenten „befreit“. Die Unternehmen fokussieren auf ihre Kernbelegschaft und schieben alle übrigen in konzentrischen Kreisen ab. Beschäftigung wird volatil. An Stelle des regulierenden Staates tritt der entfesselte Markt. Folgerichtig besteht das sogenannte „Kerngeschäft“ der modernen Arbeitsmarktverwaltung in der Vermittlung von Angebot und Nachfrage. Der Staat verlässt im neuen Marktradikalismus seine Position als „ideeller Gesamtkapitalist“, in der er gegebenenfalls auch gegen die Interessen der Einzelkapitalien Maßnahmen setzt. Er setzt auf Arbeitsplätze, egal

welche, und Wachstum, egal wie. Über Gelingen und Nichtgelingen entscheidet der Markt - und keine politischen Gestaltungsvorstellungen.

Diese Marktreligion erhebt die individuelle Beschäftigungsfähigkeit der Lohnarbeitskraft zum Referenzpunkt. Die Zahl der Beschäftigten wird zur alles bestimmenden Kennzahl. Dann kann es passieren, dass die Frauenerwerbsquote steigt und das Erwerbsarbeitsstundenvolumen der Frauen samt dem Durchschnittsstundenverdienst sinken. Die Paradigmen neoliberaler Arbeitsmarktpolitik lauten: es gibt zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte, und: Arbeit ist zu teuer. Deshalb besteht die arbeitsmarktpolitische Antwort in zweierlei: nämlich Qualifikationsoffensive und Lohnsenkung. Ersteres drückt sich in Aktivierungsmaßnahmen aus, Letzteres in verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen. In dieser Sichtweise gibt es keine Alternative zum Arbeitsmarkt. Er ist das Nadelöhr, durch das alle durchmüssen, aufgenommen Aktionäre. So erscheint die Salarisierung, also die „Verlohnarbeiterung“ und die Schaffung von Märkten für Alles, als Endpunkt der Geschichte. In dieser Ideologie wird „Job-Readiness“ zum „Antidote“, zum Gegengift zu Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung. Ein Leben außerhalb der Lohnarbeit scheint undenkbar.

Wie jede Ideologie ist dieser wahr und falsch zugleich. Es gibt ein anthropologisches Bedürfnis

nach Arbeit. Aber keines nach Lohnarbeit. Es gibt ein Bedürfnis nach Anerkennung. Aber keines nach einer unbeschränkten Spreizung der Lohnschere. So ist die Annahme, dass Arbeit nachgefragt wird, in ihrer generalisierten Allgemeinheit richtig, in ihrer konkreten Anwendung auf spezifische Gruppen des Arbeitsmarktes sowie jener, die diesen Markt erst gar nicht betreten, falsch. Nicht gesehen und verstanden wird, dass Lohnarbeit gegebenenfalls nicht die Lösung, sondern das Problem selbst ist.

Nach 20 Jahren neoliberal inspirierter Arbeitsmarktpolitik, von Leichtlohngruppen über den britischen dritten Weg über Workfare-Politiken, Sozialhilfe-Arbeit und Aktivierungsmaßnahmen ist klar: Lohnarbeit kann nicht nur die Lösung materieller Probleme, sondern deren Quelle sein, wenn Prekarisierung, das Sinken der bereinigten Lohnquote und fortwährender Reallohnverlust eine soziale Abwärtsmobilität derer einleiten, die ihre Lohnarbeitskraft zu Markte tragen müssen. In der Zone der Ausgegrenzten reproduziert die herrschende Arbeitsmarktpolitik den marginalen Status der Betroffenen. Soziale Aufwärtsmobilität ist durch das, was an Vermittlungsleistungen am Arbeitsmarkt passiert definitiv nicht möglich. Ganz im Gegenteil: vielfach müssen die Praktiken der Zuweisung, der Zumutung von Arbeit als organisierter Statusverlust verstanden werden. Arbeitsmarktpolitik produziert und

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

reproduziert Unterschichten. Vor dieser Ausgangssituation müssen wir uns mit der Organisation der Lohnarbeit, ihrem Sinn und ihrer Verschränkung mit dem Konsumismus befassen. Wir werden die Frage stellen müssen, ob es Alternativen zum herrschenden Arrangement gibt und was getan werden muss, um diese Alternativen in begehbbare Wege zu verwandeln.

#### **1.1. Diskontinuität und Fragmentierung von Erwerbskarrieren (vom fordistischen „Beruf“ zum postfordistischen „Job“)**

Jüngst war vielfach von der „Erziehung der Armen zur Arbeit“ sowie von der Aktivierung der Inaktiven die Rede. Als „inaktiv“ gelten die Arbeitslosen. Stellt sich nur die Frage: was ist das für eine Arbeit, die hier blüht?

Das Ziel einer Eingliederung in das Erwerbsleben basierte unter fordistischen Vorzeichen auch im Rahmen der Industriearbeit für das Gros der Betroffenen auf der Idee des „Berufes“. Ein Beruf lässt sich als identitätsstiftende Erzählung verstehen, als kohärentes, ein Leben durchziehendes Muster. Das postfordistische Narrativ, also die moderne Erzählung eines gelungenen Lebens spricht hingegen vom Job. Der Job bringt Geld, aber keine Erfahrung. Der Job ist beliebig, austauschbar, ein

Vehikel. Das vormalige Berufsleben wird durch eine Sequenz von unzusammenhängenden Projekten und unvermittelbaren Teilerfahrungen ersetzt. Das spiegelt sich auch in der subjektiven Arbeitsmotivation. Diese ist nur mehr in handwerklich strukturierten Bereichen überwiegend intrinsisch, hängt also am Gegenstand der Arbeit selbst. Überall sonst ist sie extrinsisch, instrumentell, hängt am Girokonto. Das gelungene Erwerbsleben besteht nicht mehr darin, sich selbst durch Arbeit im Sinne Hannah Arendts zu vergegenständlichen. Es besteht darin, durch Lohnarbeit Statuskonsum demonstrieren zu können.

Traditionell basieren Berufe auf Vorstellungen der Berufsausbildung, Profession und professioneller Standards sowie Erfahrung. Der Wert der grundsätzlich beständig nutzbaren Berufsqualifikation verläuft entlang einer aufwärts gerichteten Kurve, wobei die Berufserfahrung die Vorstellung von Anciennität rechtfertigt. Ältere Arbeitnehmer sind in dieser Perspektive vielleicht langsamer, jedenfalls aber besser.

In der postfordistischen Konzeption des Jobs ist eine Ausbildung grundsätzlich unbeständig. Berufsqualifikationen verlieren an Wert, je länger sie genutzt werden wollen. Die Idee der Anciennität gilt als kontraproduktiv, ältere ArbeitnehmerInnen als

langsamer und schlechter als jüngere. Diese handlungsleitenden Ideologien haben zu einer Kultur des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben, einer gänzlich irrationalen Entwertung von Erfahrung, einer unsachlichen Höherbewertung von Flexibilität und Mobilität beigetragen. In absehbarer Zukunft werden deshalb Arbeitsmarktstrategien für Ältere zum Kerngeschäft des AMS zählen. Hier wird es um Weiterbildung, Behaltestrategien und steuerliche Anreize für Arbeitgeber gehen müssen.

Zur Vorstellung des Berufes gehört traditionell ein stabiles Bindungsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie dies in kleinen und mittleren KMU heute noch der Fall ist. Heute endet jedes zweite Beschäftigungsverhältnis innerhalb eines Jahres. Wer heute den Arbeitsmarkt betritt muss davon ausgehen, während seines Lohnarbeitslebens mehr als 7 Jobs anzutreten.

Diese Faktoren schlagen sich in einer zunehmenden Diskontinuität und Fragmentierung von Erwerbskarrieren nieder. Ein Arbeitsleben ist keine zusammenhängende Erzählung mehr. Etwas auf Grundlage von Erfahrungswissen zu können bedeutet nichts. Gefragt sind industrielle Grundtugenden, die Übernahme unternehmerischer Kalküle in den Habitus der Lohnarbeitenden, etwa durch Vertrauensarbeitszeiten, und schließlich die Dienstboteneigen-



# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

schaften Flexibilität, Mobilität und jederzeitige Verfügbarkeit.

So arbeitet die Arbeitsmarktpolitik an der Entwertung der Arbeit als sozialer Institution. In einer Arbeitsgesellschaft, die auf der Idee individueller Nützlichkeit durch Lohnarbeit basiert, ist das fatal. Nicht nur die Arbeitsvermögen, auch die sie ausführenden Individuen werden deklassiert. Die Arbeitsvermögen, die für gelingende Lohnarbeit nötig sind - nämlich die Arbeitsbereitschaft und Bereitschaft der Unterordnung, die Anerkennung, dass man mit der eigenen Arbeitskraft auch Lebenszeit verkauft, die Wahrnehmung und Akzeptanz des stummen Zwangs ökonomischer Verhältnisse, die Anpassung menschlicher Eigenschaften an ihre Eignung für einen fremdbestimmten Produktionsprozess, die industriellen Grundtugenden (Disziplin, Fleiß) sowie der Glaube an die Belohnung bzw. Remuneration durch Arbeit - werden beschädigt. Auf paradoxe Weise untergräbt also das Kapital, welches seinen Mehrwert aus dem Einsatz lebendiger Arbeit schöpft, seine eigenen Bestandsvoraussetzungen. 1.2. Atypisch arbeiten - um destruktiv zu konsumieren? - „Ich kaufe also bin ich“

Stellt sich die Frage: warum funktioniert das ohne massiven sozialen Konflikt? Pascal Bruckner hat die Pathologie des gesellschaftlichen Mainstreams

mit dem Satz „Ich kaufe, also bin ich“ trefflich beschrieben. Was die Institution der Lohnarbeit noch zusammenhält ist der Kaufrausch. Der Sinn der Arbeit liegt nicht in ihr, sondern im Status. Das gilt insbesondere für jene, die sozial absteigen müssen. Der Anspruch auf sinnstiftende Tätigkeit in der Arbeitswelt bleibt verwehrt. Damit bleibt das lukrierte Entgelt aus der entfremdeten Arbeit das einzige Motiv seine Lohnarbeitskraft zu verkaufen.

Auch die Organisation der Arbeitsmarktpolitik zielt in ihrem 'hidden curriculum' darauf, dass gearbeitet wird, um zu konsumieren. Der Konsum tritt uns hier als Schmerzensgeld, als Entschädigung für die psychisch belastende, öde und entwertende Tätigkeit einer Arbeitswoche entgegen. Deshalb verbringen 40 % der österreichischen Familien einen erheblichen Teil ihrer Samstag-Zeit in einem Shopping-Center. Das muss wohl auch so sein, wenn 30 % aller ArbeitnehmerInnen der letzten GPA-Studie burnout-gefährdet sind oder bereits im burnout stecken. Im vorherrschenden Narrativ kann sich glückliche Teilnahme in der Arbeitswelt nur in Statuskonsum ausdrücken. Darum folgt auch hierzulande immer häufiger auf die Frage: „Was machst Du“ unmittelbar hinter der Job-Description das Einkommen als Maßzahl der Kaufkraft. Je weiter unten man in der sozialen Leiter steht, desto wichtiger wird im subjektiven Blickwinkel der Konsum. In der Zone

der Integration bewerten die oberen Mittelschichten stabile und konfliktfreie soziale Beziehungen am Arbeitsplatz, die subjektive Befriedigung in der Arbeitstätigkeit oder die zeitliche Autonomie der Ausgestaltung in der Erfüllung von Arbeitsaufgaben sehr hoch. Gegebenenfalls werden dafür auch (geringe) Einkommenseinbußen hingenommen. In der Zone der Prekarität, wo angesichts latenter Verarmungsdrohung das Kriterium der Bewertung eines Jobs in erster Linie das Einkommen ist, stellt sich das ganz anders dar. Man muss in diesen Milieus konsumieren, um Integriertheit demonstrieren zu können. Deshalb wird hier danach gefragt, welchen Konsumstatus Arbeit ermöglicht. Ganz unten schließlich herrscht, wie Bourdieu sagt, „der Geschmack der Notwendigkeit“. Arbeit ist kein Vehikel für Statuswerb sondern für die Subsistenz. Das prägt auch die Ansprüche an die Arbeit.

Die mentale Verbindung von Konsum und Lohnarbeitsbereitschaft funktioniert am Besten im Segment der Prekarität, der unteren Mittel- und oberen Unterschicht. In der Zone der Integrierten, der Zeitgewinner, Postmaterialisten, Professionals und „Bourgeois Bohémiens“, werden auch Fragen nach dem Sinn der Arbeit, dem Zweck des Konsums oder dem Verhältnis von Arbeitszeit und Einkommen gestellt. Diese sind eben in der Zone der Prekarität abhanden gekommen. Hier lautet die Regel: die

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

Reproduktion (Konsumtion) bestimmt die Produktion (Lohnarbeit).

Demgegenüber aber wird man fragen müssen, was Arbeitsmarkt- und Lohnverteilungspolitik denn bezwecken, wenn ihre Resultate destruktiv vernutzt werden, wenn materieller Wohlstand sich bloß in statusdemonstrative Mobilität verwandelt, wenn lukriertes Erwerbseinkommen in erzwungene Mobilität investiert werden muss.

Ganz unten, in der Zone der Abgehängten, Überflüssigen und Ausgegrenzten stellt sich die Frage anders. Hier geht es um § 10 AIG-Sperren, Ergänzungsleistungen (Zuzahlungen) aus der Sozialhilfe oder Schwarzarbeit am Arbeitsstrich. Die Aufnahme und Bewertung von Lohnarbeit folgt dem Diktat der Notwendigkeit. Sie ist Ausdruck von Resilienz, von Widerstandsfähigkeit und Bewältigungswillen. Zugleich erscheint hier die Arbeitsmarktpolitik am repressivsten.

Bleibt die Frage: warum funktioniert der stillschweigende Konsens, dass Lohnarbeit Teilhabe am gesellschaftlichem Reichtum bedeutet? Antwort: weil sie ein Märchen ist und es die Eigenschaft von Märchen ist, Ideologien ohne intellektuelle Anstrengung zu transportieren. Die kontrafaktische Aussage, dass Arbeit individuellen Wohlstand schafft, kann

nur durch ein „blaming-the-victim“ der Verlierer aufrechterhalten werden. Märchen leben von Stereotypen. Deshalb schnurrt die Vorstellung von Reichtum auf Geld zusammen und wird Wohlstand in Konsum bemessen. Dass sich der Reichtumsanteil im Erwerb ungenutzter elektronischer Gadgets, Herumstehen im Stau mit Spoiler, oder dem als Urlaub verbrämten Erwerb einer Geschlechtskrankheit in Phuket ausdrückt ist nicht Teil der Erzählung.

Demgegenüber könnte man darüber nachdenken, was als Lohnarbeit und was als Nicht-Lohnarbeit organisiert sein soll, ob andere Arbeit als Lohnarbeit entlohnt werden soll, ob die nicht-marktförmige Arbeit gewerberechtlich ermöglicht werden soll oder steuerlich als Belastung absetzbar sein soll. Sollen Nachhilfestunden in Tauschringen geldwerte Leistungen sein? Was ist nun mit der Ermöglichung von Eigenarbeit, Pflegearbeit, Erziehungsarbeit, kultureller oder politischer Gemeinwesenarbeit? Soll man diese einwenden können, um einen vom AMS zugewiesenen Arbeitsplatz nicht antreten zu müssen?

Dass die Nachfrage nach diesen Formen nicht-marktförmiger Lohnarbeit nicht gedeckt ist liegt auf der Hand. Meine These lautet, dass es eine politische Entscheidung ist, diese Arbeit jenseits des Lohnarbeitsmarktes zu ermöglichen oder zu etab-

lieren. Voraussetzung dafür ist, den Nexus zwischen Lohnarbeit und Konsum aufzubrechen. Das geht vielleicht nur über mehrere Hebel gleichzeitig: Arbeitszeitverkürzung, Sicherstellung von nicht-marktfähigen Leistungen, die Vorhaltung öffentlicher und meritorischer Güter, Ausbau öffentlicher Infrastruktur-, Sach- und Dienstleistungen, langfristige Entmarktlichung und Verstaatlichung der Daseinsvorsorge, Entstigmatisierung und Entkriminalisierung der informellen Ökonomie.

### 1.3. Arbeitslosigkeit macht arm – Arbeit auch: die „Working Poor“

Diese Fragen werden umso drängender, je schlechter die Lohnarbeit die materiellen und sozialen Bedürfnisse von Menschen befriedigt. Ausdruck der Krise der Lohnarbeit ist, dass selbige nicht mehr lohnt, zugleich aufgrund des Versicherungsprinzips die Arbeitersatzeinkommen unter die Armutsgrenze rutschen. Die Zukunft des Arbeitsverhältnisses liegt im „Leichtlohn“, in einigen EU-Ländern in 1-Euro-Jobs oder Zuerwerbsmodellen/In-Work-Benefits. Lohnarbeit wird für schlecht- und/oder niedrig qualifizierte Personen zu einem sozialen Risiko. Historisch gesehen hat die Lohnarbeit die Individuen gesellschaftlich platziert und klassifiziert. Sie hat traditionelle Bestimmungsmomente der Familie oder Gemeinschaft obsolet werden lassen. Heute finden

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

wir uns in einer Situation wieder, wo die Lohnarbeit keine Gewissheit mehr vermittelt, welcher Status einer Person zukommt. Dies spiegelt sich trefflich in der Armuts- und Prekariatsdebatte, die zeigt, dass Lohnarbeit die „Working Poor“ ebenso arm machen kann wie Arbeitslosigkeit. Die Working Poor sind unmittelbarer Ausdruck des Verlustes der Lohnarbeit als Institution, sozialen Status zuzuweisen.

Dieser Umstand geht erheblichsen auf die erwähnte Atypisierung der Arbeit zurück. Etwa ein Drittel aller unselbständig Beschäftigten ist hierzulande zwischenzeitig auf atypische Weise beschäftigt. Jene Atypisierung der Lohnarbeit hat eine fundamentale Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft zur Folge. EUROSTAT zufolge sind in Österreich 16 % der Beschäftigten NiedriglohneempfängerInnen. Das bedeutet, dass sie weniger als 60 % des mittleren nationalen Monatslohns verdienen. In 40 % ist dies ausschließlich auf die Höhe des Entgeltsatzes zurückzuführen. 44 % der Niedriglöhne sind auf nichtvollzeitige Erwerbsverhältnisse zurückzuführen. Der Anteil von NiedrigentgeltbezieherInnen ist bei Teilzeitbeschäftigten 1,5 mal so hoch wie insgesamt.

Niedriglöhne reproduzieren sich in niedrigen Einkommensersatzraten. Jede dritte arbeitslose Person ist armutsgefährdet. Es wäre jede zweite Person,

wenn nicht NH-BezieherInnen von ihren jeweiligen Partnern finanziell unterstützt werden müssten. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt 03/2008 67 Euro unter der offiziellen Schwelle der Armutsgefährdung. Die Notstandshilfe liegt bei 594,70 Euro. Seit dem Jahr 2000 ist die Höhe des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes - inflationsbereinigt - um 4 % gesunken; die Notstandshilfe um 7,6 %. Dass dies mit der niedrigen Netto-Ersatzrate von 55 % zusammenhängt liegt auf der Hand. Mitte 2008 musste eine ArbeitnehmerIn mindestens 2149 Euro brutto pro Monat verdienen, um bei Jobverlust über der inflationsbereinigten Einkommensarmutsgrenze zu bleiben.

#### 1.4. Arbeitsmarktpolitikreformen

Was tut die Arbeitsmarktpolitik? Man spricht über mehr Aktivierung, Mindestlöhne, Flexicurity-Modelle, private und betriebliche Pensionsvorsorgen, Volkspensionen, In-Work-Benefits, Negative Einkommensteuern, arbeitsmarktzentrierte Formen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, veränderte Eingangssteuersätze, Maßnahmen der Verteilungspolitik u.v.m. Im Arbeitsmarktbereich geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit, der Beschäftigungsfähigkeit, um Aktivierung und Qualifizierung. Dies adressiert die Steuerung der formellen Ökonomie. Es löst aber die Probleme

jener nicht, die sich außerhalb im Bereich der informellen Ökonomie bewegen nicht. Und es verkennt die Dynamik, die bei Marx als „organische Zusammensetzung des Kapitals“ firmiert hat. Denn die formelle Ökonomie produziert notwendigerweise eine Überschussbevölkerung, so lange Arbeitszeit und Einkommen nicht auf radikale Weise umverteilt werden.

Halten wir uns kurz bei der Frage der Dynamik der Entwicklung der Arbeitswelt auf. Richtig ist: Die Flexibilisierung der Arbeitswelt geht auf eine Fülle von Faktoren zurück: Rationalisierung, Automatisierung, Robotik, die Änderung von Management-Paradigmen, Standort-Wettbewerb und Regime-Shopping von transnational agierenden Unternehmen. Sie mündet in stetig anwachsenden Anforderungen an die Qualifikation, zeitlich, örtliche und sachlich-fachliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft. Die Bedeutung des Orientierungs- und Kontextwissens nimmt explosionsartig zu.

Richtig ist auch, dass eine wachsende Zahl von Personen nicht mehr „mithalten“ kann, weil sie zu unqualifiziert, physisch und/oder psychisch beeinträchtigt, gehandicapt, durch Sorgepflichten eingeschränkt, zu morbide, zu alt oder zu langsam sind. Unübersehbar ist, dass es zu einer Konzentration der Arbeitslosigkeitsfälle auf eine kleiner werdende

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

Gruppe kommt. 1,6 Mio Jobwechsel pro Jahr meinen nicht, dass 1,6 Mio arbeitslos werden, sondern dass 350.000 Personen wiederkehrend arbeitslos werden. Das Erscheinungsbild der Arbeitsmarktpolitik gleicht insofern jenem der Drehtürpsychiatrie. Beides zusammen meint: soziale Abstiegsdrohungen und –erfahrungen für die Mittelschichten, Ausgrenzungserfahrungen für die darunter. Unzweifelhaft ist nun Arbeit ein anthropologisches Grundbedürfnis. Bezweifelt aber werden muss, ob es ein Bedürfnis nach schlecht bezahlten, körperlich belastenden und psychisch-demütigenden Arbeitsbedingungen gibt. Fakt ist, dass die Beschäftigungsfähigkeit von mehr als 300.000 Personen (über jene, die in der sog. „Erhaltenenquote“ verschwunden sind wissen wir ohnehin kaum) nicht dem Arbeitsangebot am Arbeitsmarkt entspricht. Hier wird bloß ein Foucault'sches Panoptikum sozialer Kontrolle in Anschlag gebracht. Nachhaltige Beschäftigung zu Existenz sichernden Bedingungen wird nicht vermittelt.

#### **1.4.1. „Job Readiness“ – der Marktradikalismus des zweiten Arbeitsmarktes: Im Kaninchenstallprogramm arbeitsmarktpolitischer Schulungsmaßnahmen**

Vielleicht lässt sich die Krise der Arbeitsmarktpolitik am besten anhand der Verwandlung von Arbeits-

losen in Working Poor oder Maßnahmenkarrieren nachzeichnen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewirken im Segment der Prekarität keine Aufwärtsmobilität, selten ein Halten des Status, zumeist Absteigen.

Wenn man die Erfahrungen der Aktivierung durch Workfare-Programme, den Nutzen von Ein-Euro-Jobs oder die Schulungsmaßnahmen zugunsten benachteiligter Gruppen evaluiert, so sind die Ergebnisse vergleichsweise ernüchternd. Seit Mitte der 1980er Jahre liegen die Platzierungsraten nach innovativen Maßnahmen bei knapp 40% und sinken tendenziell. Ein-Euro-Jobs und vergleichbare Maßnahmen haben in den betreffenden Modellen reguläre sozialversicherungspflichtige Jobs verdrängt. In-Work-Benefits haben hohe Mitnahmeeffekte. Die Idee der Job-Readiness bzw. „employability“ erweist sich für einen wachsenden Teil der Betroffenen als Zumutung.

#### **2. Arbeit im Wertewandel: was nützt Arbeit wem? -Einstellungen und Erwartungshaltungen**

Vollkommen klar ist: ein Wandel der Arbeitsmarktpolitik ist kein soziotechnischer Akt. Er braucht soziale Akzeptanz. Und die ist von Werten bzw. dem Wertewandel abhängig, der weit über die Frage der Institutionenreform der Arbeitsmarktpolitik hin-

ausgeht. Beide sind politisch steuerbar, zumindest einer öffentlichen Debatte zugänglich. Hierbei ist nicht nur ein Blick darauf erforderlich, was produziert wird, sondern auch, welche Folgen das für die Zeitökonomie der Gesellschaft hat.

#### **2.1. Arbeiten um in Freizeit zu konsumieren?**

Nötig ist eine andere Verknüpfung von Lohnarbeit, Zeitökonomie und Konsum. Das führt zur Frage, wie wir leben wollen und was wir mit der Zeit tun, die übrig ist, wenn man die Subsistenz erwirtschaftet hat. Die Zeitverwendung ist einerseits von familiären Zwängen und zivilgesellschaftlichem Erwartungsdruck bestimmt. Andererseits ist sie ein Feld der Bewertungen. Zeit ist letztlich die einzige Ressource, die sinnlich, spürbar knapp ist. Man kann Zeit verschwenden - aber nicht vermehren. Im Grunde genommen ist Shopping Zeitverschwendung und das Herstellen eines Komposthaufens gesellschaftlicher Zeitgewinn. Verfügbare Zeit, die in gesellschaftliche Austauschbeziehungen investiert wird ist Wohlstand. Konsum hat demgegenüber enorme soziale Folgekosten. Weniger arbeiten für weniger Geld kann auch bedeuten, mehr Zeit für das Herstellen von nachhaltig gebrauchten Gütern, Muße, Eigenarbeit, Kreativität, Pflege und Gemeinschaftsarbeit zu haben. Nun werden gesellschaftliche Bewertungen transportiert durch Anreize, Ge- und Ver-

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

bote, Pönalen und Gratifikationen. Was es braucht sind daher Anreize, das Verhältnis von Lohnarbeit und Konsum durch die Brille der Zeitökonomie zu sehen. Wollen wir mehr sozialökologisch-verträgliche Zeit für Pflege-, Erziehungs-, Kultur-, Politik- oder Gemeinschaftsarbeit muss diese honoriert werden. Nicht bloß mit Anstecknadeln für Ortsverschönerung. Sondern mit einer Ressource, die in der formellen Ökonomie zum Einsatz gebracht werden kann: Geld.

Die Zeit dafür ist verfügbar. 1991 - 2001 erhöhte sich die Stundenproduktivität im verarbeitenden Gewerbe in Österreich um 61,9%. Man kann davon ausgehen, dass das gesellschaftliche Wohlfahrtsniveau des Jahres 1991 mit etwa der Hälfte der Lohnarbeitszeit beibehalten werden könnte.

Auch das Geld für eine Honorierung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten ist verfügbar. 1997-2002 stieg das Sparvolumen um 15%. Weitere Stichworte sind: Vermögenssteuer, Schenkungssteuer, Erbschaftssteuer, Spekulationsabgabe, Tobin-Tax. Dazwischen liegt das Potential einer reformierten Arbeitsmarktpolitik, die Lohnarbeit in der formellen Ökonomie ohne Repression oder die Produktion sozialer Risiken mit Tätigkeiten in der informellen Ökonomie, in der es vor allem um Zeit geht, verknüpft. Es braucht Maßnahmen im Kontext einer

Arbeitsmarktpolitik, welche hier Übergänge und nicht Blockaden durch Arbeitszwänge und Sanktionen schafft.

#### 2.2. Konsumismus als soziale Kontrolle

Die hegemoniale Ideologie basiert auf der Erzählung, dass Konsum funktionaler Bestandteil von Wachstum, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Verteilung und Wohlstand ist. Konsum, wird behauptet, ist Freiheit: „Hier bin ich Mensch, hier kauf ich ein“. Diese Bilder haben Gegenbilder. Wachstum ist unmittelbar an den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen, Emissionen und Abfälle gekoppelt. Jüngst (2007) kam die UK-Sustainable Development Commission („Redefining Prosperity“; 2007) zum Schluss, dass Wachstum und Beschäftigung nur mittelbar mit Wohlstand und Lebensqualität zu tun haben. Das Schlussprotokoll der „Degrowth-Conference“ 2008 in Paris attestiert negative Rückkopplungen zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Degradation. Mehr Produktion kann letztlich weniger Wohlstand bedeuten.

Auch der Konsum hat ein negatives Gegenbild: er ist zugleich auch Bestandteil sozialer Kontrolle. Im modernen Kapitalverhältnis werden einerseits KonsumentInnen aus konjunkturpolitischen Gründen benötigt und dient andererseits der Konsum als pa-

zifizierendes Element im sozialen Konflikt. Die Subalternen halten still wenn sie „shoppen“ und vorher zu diesem Zwecke arbeiten dürfen. Daher stammt sowohl das Narrativ, dass man konsumieren soll, um Arbeitsplätze zu schaffen/erhalten als auch die Rede davon, dass (Arbeits)Leistung lohnen soll. Folglich braucht es eine Re-Politisierung des Konsums.

Im vorherrschenden Konsumimperativ werden Konsumbedürfnisse der Menschen als unendlich, notwendig und fixiert verstanden. Konsumgewohnheiten sind freilich nicht nur mechanische Antwort auf manipulierte Bedürfnisse. Sie haben auch Funktionen für soziale Praktiken und gesellschaftliche Klassifikationen. Sie bilden Gruppenzugehörigkeit, ökonomische Strukturen und Machtbeziehungen ab. Bedürfnisse nach Güterkonsum sind somit nicht „natürlich gegeben“. Der Soziologie Appadurai spricht von einer politischen Logik der Konsumption. Naomi Klein´s Hinweise auf die „consumer power“-Bewegung sind noch in frischer Erinnerung.

Wir sollten nicht vergessen: in den 1970er Jahren wurden Arbeitskämpfe darum geführt, dass metallverarbeitende Betriebe nicht in die Rüstungsproduktion einsteigen. Die Arbeitenden waren bereit, hierzu auch Lohnneinbußen in Kauf zu nehmen. Bei VW wurde Arbeitszeitreduktion ohne Lohnausgleich



# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

verhandelt, so lange dafür die Zahl der Arbeitsplätze stabil blieb. Es gibt offenkundig also auch andere Motive, die auf die Arbeit und das Arbeitsangebot Einfluss nehmen als die bloße Einkommenserwartung.

#### 2.3. Lebensqualität „reloaded“

Eröffnet man die Debatte um das Verhältnis von Arbeitszeit und Lebenszeit, mündet dies in einer Auseinandersetzung über Lebensqualität. Dabei geht es um Wohlbefinden. Hierbei ist der materielle Wohlstand, der durch Lohnarbeit erreicht wird, nur ein Faktor neben Bildung, Berufschancen, sozialem Status, Gesundheit, Mobilität, Zeitsouveränität usw. Auch die WHO hält fest, dass Lebensqualität die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen verkörpert. Das ist mehr als ein Arbeitsplatz, bezieht das körperliche, psychische und soziale Befinden eines Individuums mit ein, erfasst die objektive Verfügbarkeit von materiellen und immateriellen Dingen. Heute geht die „Quality of Life“-Forschung davon aus, dass Lebensqualität zunehmend durch immaterielle Werte, etwa: Glück oder Zeit, bestimmt wird. Zeitwohlstand etwa meint die zur freien Verfügung stehende Zeit. Dies kann über Tages-, Wo-

chen- und Jahresarbeitszeit oder das Ausmaß der familialen Verpflichtungen erfasst werden. Lebensqualität ergibt sich auch aus gesellschaftlicher Integration und Inklusion: je höher die Autonomie und Partizipation von BürgerInnen, desto höher wird die Lebensqualität angegeben.

Wirtschaftswachstum ist kein Lebensqualitätsindikator. Ebenso wenig Lohnarbeit per se. Die Sozialforschung zeigt: Wachstum, Beschäftigung und steigende Einkommen bedeuten nicht zwangsläufig höhere Lebensqualität. Das Easterlin-Paradox zeigt, dass steigende Pro-Kopf-Einkommen kaum Einfluss auf das subjektiv empfundene Wohlbefinden haben. Bekanntlich hat sich in Japan 1958 bis 1991 das BIP versechsfacht, während die Lebenszufriedenheit konstant blieb. In den USA stieg das BIP 1970 bis 1995, während die Lebenszufriedenheit rückläufig war. Ähnliches gilt für die EU-15.

Was heißt das für die Lohnarbeit? Es kann bedeuten, dass es nicht um irgendeine Arbeit, sondern um eine mit nicht-repressivem Arbeitsklima, Existenz sicherndem Einkommen und überschaubaren inhaltlichen Herausforderungen geht.

#### 3. Reformperspektiven

Selbstredend besteht eine Fülle von Reformoptionen im ersten Arbeitsmarkt und der formellen Öko-

nomie. Arbeitszeitverkürzung, Einkommensverteilung, Qualifikationsoffensiven usw. All dies löst jene Probleme nicht, die zuvor benannt wurden.

Was es daher braucht sind Reformperspektiven, die über den Tellerrand hinausweisen. Das kann sein: die Etablierung eines dritten Arbeitsmarktes, eine Veränderung der gesellschaftlichen Zeitökonomie, eine Steigerung der Durchlässigkeit von formeller und informeller Ökonomie sowie eine selbstbestimmte Flexibilisierung der Arbeitsmarktteilnahme.

#### 3.1. Dritter Arbeitsmarkt, was soll und kann das werden?

Ideen zu Formen, Akteuren, Finanzierung Befassen wir uns eingangs mit der Frage des dritten Arbeitsmarktes. Was ein erster und ein zweiter Arbeitsmarkt ist wissen wir. Der zweite soll Transfers in den ersten ermöglichen. Was aber nun wäre, wenn es einen dritten Arbeitsmarkt gäbe?

Im Übrigen unerheblich, ob wir von einem erweiterten Arbeitsmarkt oder einem Arbeitsmarkt für alle oder eben einem dritten Arbeitsmarkt reden. Die etwas neurotisch gehaltene Debatte über diesen Begriff, ob er denn nun diskriminierend wirke oder nicht wirkt deplatziert angesichts der sozialen Verwüstungen, welche auf dem ersten Arbeitsmarkt angerichtet werden.

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

Fragt man in der Sozialwirtschaft nach, bekommt man zu hören, dass dortselbst unisono nach einem Abgehen vom Transfermodell der innovativen Arbeitsmarktpolitik gerufen wird. Von vielen wird die vom AMS verfolgte Zielsetzung, Personen nach einer immer kürzer werdenden Qualifizierungs- und Betreuungsphase auf dem ersten Arbeitsmarkt zu platzieren, als unrealistisch und wenig zielführend angesehen.

Die Idee ist nicht, Personen zu aktivieren, job-ready zu machen, sondern jene, arbeitsmarktfernen Personen adäquate nachhaltige stabile und dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten zu offerieren. Beispiele aus der Behindertenhilfe oder extramuralen Psychiatrie zeigen, dass auch derartige Beschäftigungen produktiv sind, also eine nicht unerhebliche Eigenwirtschaftsquote (bis zu 45%) aufweisen.

Ein dritter Arbeitsmarkt könnte sich aus stundenweiser Beschäftigung in geschützten Erwerbsarbeitsarrangements zusammensetzen, in denen Belastungsgrenzen individuell flexibel angepasst werden. Ein dritter Arbeitsmarkt könnte jenen, welche mit dem Tempo, den Qualifikationsanforderungen, der Flexibilität und Mobilität von Arbeitsprozessen trotz Schulung und Aktivierung in kompetitiven Umfeldern nicht mehr zurecht kommen, eine Alternative bieten. Dies würde die gegenwärtig als unbe-

friedigend empfundene Alternative, entweder gar nicht oder in einem Arbeitsumfeld zu arbeiten, das als belastend und überfordernd wahrgenommen wird, durch ein „Dazwischen“ bereichern. Ein dritter Arbeitsmarkt wäre also als Lockerung und Erweiterung des Arbeitsmarktes zu verstehen. Er würde die Möglichkeit eröffnen, Arbeiten/Dienstleistungen für jene Personen zu organisieren, für die entweder gar keine oder nur eingeschränkte Arbeitsmärkte existieren. Er wäre eine Lösung für jene Personen, die wir mit dem Begriff „Maßnahmenkarrieren“ umschreiben, die von einer Einrichtung/Maßnahmen zur nächsten gereicht werden. Er wäre eine Möglichkeit, eine politisch geregelte Schutzzone gegenüber der Prekarisierung der Arbeit zu etablieren. Ein dritter Arbeitsmarkt dürfte deshalb ausschließlich sozialversicherungspflichtige Erwerbsmöglichkeiten vermitteln. Ein dritter Arbeitsmarkt bedürfte selbstredend erheblicher öffentlicher Mittel. Zugleich aber würde er eine Reihe von bislang nicht-beschäftigten, erhaltenen Personen einen Zugang zum Arbeitsverhältnis ermöglichen. Die langfristigen Folgen wären durchgehende Erwerbsbiographien, der Erwerb eigenständiger Pensionsversicherungsansprüche sowie die Etablierung psychischer Zustände, die mit überschaubarer und bewältigbarer Arbeit einhergehen. Natürlich müsste ein dritter Arbeitsmarkt mit dem zweiten Arbeitsmarkt, aber auch mit den bislang bestehenden Beschäftigungs-

formen der Sozial- und Behindertenhilfe verknüpft werden.

Akteure eines dritten Arbeitsmarktes könnten die öffentliche Hand ebenso wie Social-Profit-Organisationen oder NGO's sein. Diese könnten als Beschäftigter in Erscheinung treten. Das kann auf mehrererlei Weise geschehen. Denkmöglich sind öffentliche Werkstätten, Formen der gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung, Formen sozialökonomischer Beschäftigung oder Lohnsubventionen.

Ein dritter Arbeitsmarkt erfordert jedenfalls aber Umverteilungsentscheidungen, zumindest jene, dauerhaft Lohnkostenzuschüsse an Beschäftigte jeweiliger Einrichtungen/ Betriebe/Unternehmen zu gewähren.

Ein dritter Arbeitsmarkt wäre ein Einfallstor, um ökologische, sozialökologische und demokratiepolitische Fragen in die Arbeitswelt hereinzuholen. Was wäre etwa, wenn in einem dritten, steuerlich subventionierten Arbeitsmarkt nach Kriterien des Wasserverbrauchs, des ökologischen Fußabdruckes, des Verbrauches nicht erneuerbarer Ressourcen oder der Transportaufwendungen produziert würde?

Die Machbarkeit eines dritten Arbeitsmarktes ist eine politische, mit erheblicher Wahrscheinlichkeit aber keine ökonomische oder rechtliche Frage. Ein

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

dritter Arbeitsmarkt beruht auf einer Verteilungsentscheidung. Wer verstanden hat, dass materielle und soziokulturelle Teilhabe eine fundamentale Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie sind hat diese Entscheidung bereits getroffen. Ein dritter Arbeitsmarkt führt zu einer Steigerung der Beschäftigung. Er deckt Bereiche ab, die nicht oder nur eingeschränkt für den For-Profit-Sektor interessant sind. Er erwirtschaftet seinerseits Sozialversicherungsbeiträge. Ein dritter Arbeitsmarkt ist daher kein Fass ohne Boden, sondern eine Produktivkraft. Die Einrichtung eines dritten Arbeitsmarktes nicht nur in Form öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen ist rechtlich möglich. Maßnahmen etwa zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher sind in vielen europäischen Mitgliedsstaaten bekannt.

Es ist viel gesagt worden über die fragliche gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit von Beihilfen und Marktverzerrungen im dritten Sektor. Meine These lautet hierzu, dass ein dritter Arbeitsmarkt auch mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar wäre.

### **3.2. Subsistenzwirtschaft – informelle Ökonomie**

Neben der Schaffung eines dritten Arbeitsmarktes ist eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen formeller und informeller Ökonomie in Betracht zu ziehen. Ein dritter Arbeitsmarkt geht davon aus,

dass die kompetitiven Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes von einer erklecklichen Gruppe potentieller ArbeitnehmerInnen nicht mehr bewältigt werden können. Zweiteres geht davon aus, dass der Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der - nicht bloß der immobilen oder schlecht qualifizierten -ArbeitnehmerInnen gegenüber der Arbeit in sinkendem Ausmaß befriedigt.

Zugleich kann ein wachsender Teil der reproduktiven gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht mehr auf den Gütermärkten bedeckt werden. Die Pflegekrise ist ein deutliches Beispiel hierfür. Trotzdem verweist das Arbeitsmarktregime eintönig auf die Lohnarbeit als einziger Möglichkeit der Reproduktion.

Was es meines Erachtens braucht sind fließende Übergänge zwischen formeller Erwerbsarbeit im ersten, zweiten und dritten Arbeitsmarkt und der informellen Ökonomie, wozu Selbsthilfe, Selbstorganisation, Eigenarbeit, Tauschringe, Talentbörsen etc. zu rechnen sind.

Fakt ist, dass diese Übergänge im Arbeitsmarktrecht, aber auch im Steuerrecht oder Zivilrecht gegenwärtig verunmöglicht oder erschwert werden.

3.2.1. Die Wiederentdeckung der Informalität – Eigenarbeit, Tauschkreise, Talente- und Dienstleistungsbörsen

Die informelle Ökonomie ist als Ausweichbewegung in der Zone der Prekarität zu verstehen. Zugleich hält diese informelle Ökonomie, wie Heitmeyer sagt, die Gesellschaft zusammen, befestigt Nachbarschaftsbeziehungen (Nachbarschaftshilfe) und produziert Netzwerke. In der informellen Ökonomie geht es um den Austausch von Fähigkeiten, Produkten, Dienstleistungen unter Umgehung offizieller Tauschbeziehungen (Geld-Ware-Geld / Steuern). Tauschringe verstehen sich als vorherrschenden ökonomischen Prinzipien entgegengesetzte Wirtschaftsform. Sie funktionieren komplementär zum Gütermarkt. Es handelt sich nicht um Erwerbsarbeit (bisher kann niemand mit seiner Tätigkeit im Tauschring seine Existenz sichern). Es ist auch keine ehrenamtliche Arbeit. Sie kann weit über die Nachbarschaftshilfe hinausgehen.

Tauschbörsen nehmen Elemente der vorindustriellen ‚Moral Economy‘ wieder auf, nämlich das Prinzip der Gegenseitigkeit, der Zuverlässigkeit, der gegenseitigen Hilfe. Sie basieren nicht auf Wachstum, Zinsen oder individuellem Profit. Sie zielen auf eine lokale und regionale Gebrauchswertökonomie, welche eine Antwort auf die Krise der gesellschaftlichen Zeitökonomie darstellen kann. Neben dem Tausch von Dienstleistungen und nützlichen Produkten entstehen unentfremdete Beziehungen. Tauschringe stellen also keine anonymen, entfrem-

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

deten ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen dar.

Tauschringe stellen Gebrauchswerte statt Tauschwerte in den Mittelpunkt. Sie leisten einen Beitrag zur Veränderung der Arbeitsvorstellung. Ihre Subsistenzperspektive ist auf Grundbedürfnisse durch die Herstellung von Gebrauchswerten und die Nutzung lokaler und regionaler Ressourcen gerichtet. Ihr Arbeitsbegriff erweitert die Beschränkung auf Erwerbs- oder Lohnarbeit um Hausarbeit, Gemeinwesenarbeit und reproduktive Arbeit (Erziehen, Pflegen). Bei den Tauschringen drückt sich dieser erweiterte Arbeitsbegriff darin aus, dass alle Tätigkeiten mit dem gleichen Maß gemessen werden - nämlich der aufgewandten Arbeitszeit. Eine Stunde Regal bauen, eine Stunde Haare schneiden oder eine Stunde Koordinierungsaufgaben für den Tauschring sind äquivalent. Tätigkeiten in der informellen Ökonomie müssen anerkannt und entgolten werden, etwa in Form von negativen Einkommensteuern oder Absetzbeträgen. Sie müssen eine zumindest partielle Befreiung vom Zwang zur Ausübung von Lohnarbeit rechtfertigen.

#### **3.2.2. Individuelle Gebrauchswertökonomie als Ziel?**

Öffnet man den Arbeitsmarkt, macht man ihn sozi-

al-flexibler und durchlässiger, öffnet man Brücken in die informelle Ökonomie, führt das schließlich zur Frage der Gebrauchswert-Ökonomie? Warum arbeiten wir, um Dinge zu kaufen, die noch funktionieren? Warum beauftragen wir einen Tischler, wenn wir gegebenenfalls den Tisch selbst leimen können. Warum werfen wir defekte Dinge weg, anstatt sie zu reparieren?

All das hat zu tun mit dem Warenfetisch, der Ästhetik des Neuen, demonstrativem Status, der Ideologie des Privateigentums, schließlich aber auch mit einer Verkenning des Gebrauchswertes der Dinge. Der Gebrauchswert bezieht sich auf die Nützlichkeit eines Dings oder einer Leistung. Der Gebrauchswert eines Stuhles besteht darin, dass man auf ihm sitzen, der Gebrauchswert eines Tisches darin, dass man auf ihm Dinge essen kann. Im Grunde geht es um den Gebrauchswert, also nicht um den Fetisch der Ware oder den Status des Konsums. Hinter der Idee „alt statt neu“, welche die Reparaturökonomie prägt, aber auch hinter den Tauschringen steht die Vorstellung einer individuellen Gebrauchswertökonomie, welche den Arbeitsmarkt ergänzt.

Arbeitsmarktpolitik hat nicht bloß die Funktion, dem kapitalistischen Produktionsprozess gefügige Arbeitskraftunternehmer zur Verfügung zu stellen. Sie hat auch die Funktion, gesellschaftlich nützliche Tä-

tigkeiten zu organisieren und möglich zu machen. Das ist natürlich etwas anderes als das AMMSG im Auge hat.

#### **3.3. Flexible Arbeitsmarktteilnahme – Flexible Reproduktionsstrategien?**

Der Status quo lässt sich sozial riskante Flexibilisierung der Arbeit mit Niedriglöhnen, diskontinuierlichen Erwerbsbiographien und fortlaufenden Qualifikationsverlusten verstehen. Demgegenüber steht das Postulat einer selbstbestimmten flexiblen Arbeitsmarktteilnahme, wo zwischen formeller und informeller Ökonomie gewechselt werden kann. Wir reden also über Lohnarbeit nach Bedarf, die das soziale Gegenstück zur Lohnarbeit auf Abruf wäre, über eine deliberative Arbeitsmarktpolitik.

Möglicherweise weist das Dänische Modell der Flexicurity die Richtung. Nämlich die Idee einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei gleichzeitiger Einführung einer Mindestsicherung und Öffnung eines niedrighwelligen Bildungsmarktes. Eine Mindestsicherung kann man sich als materielle Armut vermeidende Grundleistung im Arbeitslosigkeitsfalle samt Volkskrankenvorsorge und Volkspension vorstellen. Beschäftigungspraktiken in den Niederlanden zeigen auch, dass ein hohes Maß an individueller Erwerbstätigkeitsautonomie

# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

(der selbstbestimmte Wechsel zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit und Phasen der Eigenarbeit) von Mindestsicherungen abhängig ist. Diese Mindestsicherungen reproduzieren nicht das vorangegangene Einkommensniveau, sondern stellen eine Absicherung gegenüber Verarmungs- und Ausgrenzungsprozessen dar.

#### **4. Nachsatz: was heißt heute noch „Fortschritt“ in der Arbeitsmarktpolitik?**

Was kann heute noch ein Fortschritt in der Arbeitsmarktpolitik sein? Vor 24 Jahren schrieb Thomas Schmid ein Buch über die Lockerung des Arbeitsmarktes, heute vergessen. Das macht Vorschläge für eine Erweiterung, für die Durchlässigkeit und soziale Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht obsolet. Während Arbeitslosigkeit 1984 sowohl quantitativ als auch qualitativ als soziotechnisches Problem erschien, stehen wir heute vor einem kategorialen Problem. Natürlich geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit nicht aus, wie Hannah Arendt meinte. Aber Peter Glotz hatte recht, als er meinte, Vollbeschäftigung sei eine Wahnvorstellung. Die kapitalistische Arbeitswelt und ihr Arbeitsmarkt werden Lohnarbeit auf absehbare Zeit nicht mehr flächendeckend und /oder nicht mehr auf Existenz sichernde Weise zur Verfügung stellen.

#### **4.1. Rückkehr zur Normalität unter veränderten Rahmenbedingungen**

Die Rezepte der 1980er Jahre sind heute obsolet. Man kann sagen, dass das moderne Kapitalverhältnis nach der neoliberalen Gegenreformation in seine Normalmachtsituation zurückgekehrt ist. Habermas und Esping-Andersen sprachen zutreffend von Prozessen der Re-Kommodifikation. Sie meinten damit die Wiederkehr harter Arbeitsmarktverhältnisse. Allerdings verläuft die beobachtete Entwicklung unter veränderten Bedingungen der Produktion und Kapitalakkumulation, die eine Anwendung fordistischer Rezepte wenig aussichtsreich erscheinen lassen:

- Nicht nur sind die Grenzen nationalstaatlicher Regulierungen von Arbeits- und Gütermärkten längst niedergerissen. Alain Supiot hat kürzlich gezeigt, dass weltweit gut funktionierende Arbeits- und Sozialrechtskulturen sowie Arbeitsmarktarrangements mit hohem Wohlfahrtsniveau überwiegend als Nachteil im Standortwettbewerb angesehen werden und zu struktureller Arbeitslosigkeit beitragen können.

- Auch die technischen Produktionsbedingungen, altmodisch formuliert: die organische Zusammensetzung des Kapitals, hat sich verändert. Der Anteil des Steuerns, Konzipierens, der fortlaufenden Anpassung, der funktionalen Designentwicklung und Fehlerbeseitigung in den höheren Strata der betrieblichen Hierarchien nimmt zu. Damit steigt die

Bedeutung von technischem Wissen und Kompetenz im Produktionsprozess. Dies wiederum reduziert den Anteil der nachgefragten unqualifizierten, manuellen Arbeit. Dieses Marktangebot wird nicht mehr geräumt. Die Debatte um die Automatisationsarbeit hat gezeigt, dass dieser Prozess zu einer Polarisierung der Qualifikationen, von Einkommen und Status führt. In den 1990er Jahren meinte man noch, die Arbeit von Konzipisten, SymbolarbeiterInnen und ProblemlöserInnen sei davon ausgenommen. Dies war die Grundlage für meritokratische Bildungspolitiken, in denen behauptet wurde, dass lebenslanges Lernen vor Arbeitslosigkeit und Prekarität schütze. Heute wissen wir, dass Prozesse der Automatisierung und Rationalisierung auch Kopfarbeiter und Symbolagenten vulgo Manager aus dem Produktionsprozess verdrängen. Kürzlich wurde ein robotisierter Therapeut („Mind Mentor“) in Betrieb genommen, welcher Befragungs- und Problemlösungstechniken appliziert, deren Beherrschung sich bislang Psychotherapeuten durch Eintragung in eine Liste vorbehalten. Dieser Robot basiert auf einem Programm, welches Mustern der neurolinguistischen Programmierung (NLP) folgt. Er kuriert Schlaflosigkeit mit einer 50%-igen Erfolgsquote. Dahinter folgen bittere Erfahrungen der Entwertung kreativer, kognitiver und symbolischer Arbeitsleistungen. Die Kopfarbeit wird proletarisiert.



# Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg

## Arbeitsmarktpolitik am Ende der Fahnenstange?

### Gesellschaftspolitik jenseits der Lohnarbeit

- Das finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime ersetzt die Perspektive auf die mittel- und langfristige Profitabilität von Produktionsprozessen, also die Mehrwertperspektive, durch kurzfristige Rentabilitätserwartungen des Spekulationskapitals. Das moderne Unternehmen außerhalb der KMU-Kultur entspricht längst nicht mehr Bildern der Werner Sombart'schen Unternehmerfigur, sondern reduziert sich auf die Funktionen des Konzipierens sowie der Rechteverwertung.

Diese drei Faktoren beschränken die Machbarkeit arbeitsmarktpolitischer Strategien auf entscheidende Weise. Arbeitsmarktpolitik wird zu einem sozialpolitischen Problem. Denn Teile des Prekariates und der Überschussbevölkerung lassen sich in den modernisierten Arbeitsmarkt nicht mehr eingliedern.

#### **4.2. Optionen der Arbeitsmarktpolitik**

Für die Arbeitsmarktpolitik gilt, was Eduard Heilmann in den 1920er Jahren über die Sozialpolitik gesagt hat, dass sie nämlich die Reparaturanstalt des kapitalistisch verfassten Marktes sei, der ohne staatliche Intervention nicht bestehen kann.

Im fordistischen Klassenkompromiss bis in die späten 1980er Jahre bestand Arbeitsmarktpolitik in der Balancierung von Anreizen, Pönalisierungsdrohungen und verteilungspolitischen Erwägungen.

Sie war ein Instrument sozialer Mobilität und der Verteilungspolitik.

Im postfordistischen Arbeitsmarktarrangement ist davon keine Rede mehr. Nach der Sistierung der Verteilungsfrage in der Arbeitsmarktpolitik liegt ihr primäres Ziel in der Schaffung von Jobs im Standortwettbewerb und der Betonung der Beschäftigungsfähigkeit.

Die Arbeitsmarktpolitik kann den ersten Arbeitsmarkt unter Bedingungen transnationaler Standortkonkurrenz nicht mehr in einer gesellschaftspolitisch sozialverträglichen Weise reparieren. Aber sie kann, anstatt die Arbeitskräfte sinnlos im Kaninchenstall-Programm der Workfare zu dressieren, einen dritten Arbeitsmarkt öffnen. Sie kann sich die Einsicht zunutze machen, dass für einen Teil des Prekariats sowie der „Überschussbevölkerung“ der Arbeitsmarkt der formellen Ökonomie zur No-Go-Area geworden ist. Sie kann den ersten Arbeitsmarkt an seinen Rändern lockern, selbstbestimmte Flexibilität ermöglichen und sie kann Brücken zwischen den Sphären der Formalität und Informalität schlagen statt bloß wie bisher Barrieren zu errichten.

